

Teilprojekt B5

**Partizipation und Legitimation
in internationalen Organisationen**

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt B5

3.1.1 Titel

Partizipation und Legitimation in internationalen Organisationen

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft

3.1.3 Leiter

Dr. Thorsten Hüller
geb. 18.02.1971
Universität Bremen
Sfb 597
Linzer Str. 9a
28359 Bremen
Tel.: 0421/218-8718
e-mail: thueller@uni-bremen.de

Prof. Dr. Dr. h. c. Beate Kohler(-Koch)
geb. 28.12.1941
Universität Bremen
Bremen Intern. Graduate School of Social Sciences
Wiener Straße/Celsiusstraße (FVG)
Postfach 33 04 40
28359 Bremen
Tel.:0421/218-66358
e-mail: beate.kohler@sfb597.uni-bremen.de

Beate Kohler ist bis über Ende 2014 als Forschungsprofessorin angestellt. Auch Thorsten Hüllers Vertrag läuft über Ende 2014 hinaus.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen oder an menschlichem Material, keine klinischen Studien, keine Tierversuche, keine gentechnischen Untersuchungen und keine Untersuchungen an humanen embryonalen Stammzellen vorgesehen.

3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojekts im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Das Teilprojekt wird seit Januar 2003 im Sonderforschungsbereich gefördert.

	Haushaltsjahr	Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Bisherige Förderung	2003	84,0	5,7		89,7
	2004	86,4	6,5		92,9
	2005	86,4	19,3		105,7
	2006	88,2	19,8		108,0
	2007	106,2	2,1		108,3
	2008	106,2	8,6		114,8
	2009	106,2	7,8		114,0
	2010	106,2	1,8		108,0
	Σ 2003-2010	769,8	71,6		841,4

Haushaltsjahr		Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Beantragte Förderung	2011	141,6	3,8		145,4
	2012	141,6	7,5		149,1
	2013	141,6	5,5		147,1
	2014	141,6	1,9		143,5
	Σ 2011-2014	566,4	18,7		585,1

(Beträge in 1000 €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Im Teilprojekt werden die Möglichkeiten demokratisch legitimen Regierens jenseits des Nationalstaats erforscht. Dabei wird insbesondere die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Beratungsprozessen auf der inter- und supranationalen Ebene analysiert. In der dritten Phase untersucht und bewertet das Teilprojekt, welchen Beitrag die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure zur Demokratisierung internationaler und supranationaler politischer Systeme leistet und ob so demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats sichergestellt werden kann.

Langfassung

Die dritte Phase wird mit einer Synthese der Forschungsergebnisse und einer Gesamtbewertung der Demokratisierungspotenziale und -probleme zivilgesellschaftlicher Partizipation abschließen. Zuvor wird in drei Teilstudien der bisherige Blick auf die demokratieförderliche Funktion von zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) geweitet.

Um den möglichen Zugewinn an demokratischer Legitimation internationaler Organisationen (IO) sowie der Europäischen Union (EU) durch die verstärkte Einbindung von ZGO zu erschließen, wurde zunächst ein Modell von ZGO als „Transmissionsriemen“ entwickelt, der IO/EU direkt mit der gesellschaftlichen Basis verbindet. Ob und inwieweit dieser Transmissionsriemen in der Praxis funktioniert, wurde in den ersten beiden Projektphasen empirisch beschrieben und erklärt. In der ersten Phase wurden Partizipationsmechanismen und damit die Beziehungsmuster zwischen ZGO und IO/EU untersucht, in der zweiten Phase die Beziehung zu Mitgliedern, Unterstützern, Betroffenen. Dabei wurden jeweils Defizite in Bezug auf Zugangsmöglichkeiten, Responsivität und Inklusivität festgestellt.

In der dritten Phase wird die demokratieförderliche Funktionsleistung der ZGO weiter gefasst: So soll geprüft werden, ob, in welcher Form und in welchem Ausmaß ZGO zu Publizität und demokratischer Verantwortung („accountability“) von IO/EU beitragen. Ferner wird untersucht, ob der Zugewinn an demokratischer Legitimation bei IO und EU ähnlich ausfällt, ob also ähnliche Formen der ZGO-Einbin-

dung in institutionell unterschiedlichen Kontexten strukturell ähnliche oder unähnliche Ergebnisse hervorbringen.

<i>Ergebnisse</i>		Dritte Phase (2011-2014)
Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	
Beschreibung zivilgesellschaftlicher Partizipation in internationalen Organisationen und der EU. Ergebnis: bestehende Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation bleiben aus normativer Sicht defizitär, bei starker Varianz zwischen Politikfeldern. <i>Zentrale Publikation:</i> Steffek u.a. 2008 [11] ¹ :	Beschreibung der Partizipation von Mitgliedern, Unterstützern und Betroffenen in ZGO bei Typisierung von Konsultationsformen und Herausarbeiten ihrer Defizite. Erklärung bestehender Muster zivilgesellschaftlicher Partizipation, vorwiegend durch Ressourcenbedarf auf Seite der IO. <i>Zentrale Publikation:</i> Steffek & Hahn 2010a [10]	Analyse der ZGO-Reaktionen auf unterschiedliche Offenheit und Responsivität in IO/EU. Bewertung der demokratischen Legitimationsgewinne in der internationalen und europäischen Politik durch zivilgesellschaftliche Einbindung. <i>Zentrale Abschlussvorhaben:</i> Drei Teil- und eine Gesamtmonographie zu den vier Forschungszielen

3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

3.3.1 Bericht

Das Teilprojekt B5 befasst sich mit dem Wandel von Staatlichkeit in der Legitimationsdimension. Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist die verstärkte Internationalisierung politischer Entscheidungskompetenzen, die die Epoche seit 1970 kennzeichnet hat. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen aus dem demokratischen Rechts- und Interventionsstaat (DRIS) heraus bedeutet eine Entmachtung nationaler Parlamente und wird daher gemeinhin als Verlust an demokratischer Legitimität von (nationalstaatlichem) Regieren interpretiert. Vor diesem Hintergrund hat sich das Teilprojekt B5 vorgenommen, alternative Wege zur Demokratisierung der auf die internationale Ebene verlagerten Entscheidungsprozesse zu untersuchen. Gibt es Anzeichen dafür, dass sich ein Kernelement moderner Staatlichkeit, die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen, jenseits der Staatsgrenzen neu herausbilden kann?

Das Teilprojekt wurde in den vorangegangenen Phasen von Patrizia Nanz und Jens Steffek geleitet und soll unter der Leitung von Beate Kohler und Thorsten Hüller als politikwissenschaftliches Teilprojekt fortgesetzt werden. Im Folgenden werden die bisherigen Ergebnisse, teilweise ergänzt um Forschungsergebnisse der jetzigen Antragsteller, zusammengefasst.

¹ Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.2 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

Bisherige Ergebnisse des Teilprojekts

Ausgangsthese des Teilprojekts war, dass internationales Regieren durch IO/EU auf dem Wege der verstärkten Einbindung von ZGO an demokratischer Legitimation gewinnen könnte (Nanz & Steffek 2004, 2005b; siehe auch Hüller & Kohler-Koch 2008 [51]). Kernkriterium für demokratisches Regieren ist, dass wesentliche Entscheidungen öffentlich hervorgebracht und ihre Inhalte effektiv und egalitär an die Bürgerschaft zurückgebunden sind.²

Im Teilprojekt B5 wurde in demokratietheoretischer Perspektive das Modell der transnational organisierten Zivilgesellschaft als „Transmissionsriemen“ entwickelt, der die Entscheidungsträger in internationalen Organisationen direkt, d. h. ohne Umweg über die politischen Akteure der einzelstaatlichen Ebene an die transnationale Bürgerschaft zurück bindet (Nanz & Steffek 2007 [32]: 96). Ob dieser Transmissionsriemen in der Praxis wirklich funktioniert und ob dabei demokratietheoretisch bedeutsame Anforderungen erfüllt werden, wurde in den ersten beiden Phasen des Teilprojekts empirisch überprüft. Zu diesem Zweck wurden Evaluationsstandards formuliert (Nanz & Steffek 2005a), mit deren Hilfe die empirisch vorgefundenen Partizipationsformen an normativen Erwartungen gemessen werden können: gleicher Zugang zum Beratungsprozess, Transparenz der Verfahren, Responsivität der IO, und Inklusion benachteiligter Gruppen. Stand in der ersten Phase die Verbindung zwischen transnational agierenden ZGO und IO im Mittelpunkt (Steffek 2008a [5]), so wurde in der zweiten Phase die Verbindung zwischen ZGO und ihrer Basis untersucht, wobei die gesellschaftliche Basis als bestehend aus ihren Mitgliedern, Unterstützern und den von ihrer Arbeit Betroffenen verstanden wurde (Steffek u.a. 2010 [30]). Die normativen Bewertungskriterien wurden um das Kriterium der Unabhängigkeit der ZGO erweitert.

Im Hinblick auf die Partizipationschancen von ZGO in IO/EU lassen sich die bisherigen Ergebnisse des Teilprojekts wie folgt umreißen. Allgemein gibt es seit den 1990er Jahren einen deutlichen Trend zu einer verstärkten zivilgesellschaftlichen Beteiligung an internationalisiertem Regieren (Steffek & Nanz 2008 [28]; dies bestätigt sich auch in den Untersuchungen der jetzigen Antragsteller: Hüller 2010a [44]; Kohler-Koch 2008 [56]; Kohler-Koch & Quittkat 2010 [70]). Gleichzeitig wurden viele, wenn auch nicht alle IO, in ihrer Arbeit deutlich transparenter. Außerdem wurde eine zunehmende Formalisierung der Beziehungen zwischen IO und ZGO beobachtet, die auch Auswirkungen auf den Rechtsstatus von ZGO hat (Kiss-

² Wenn in diesem Antrag von demokratischer Legitimität die Rede ist, dann meinen wir damit in normativer Perspektive, dass die hier genannten normativen Prinzipien (politische Gleichheit, Publizität und Verantwortung) in ähnlichem Maße gegeben sind wie im DRIS. Tatsächliche Akzeptanz ist nicht Teil dieser Begriffsverwendung. Wenn von Demokratisierung oder Demokratiewirkungen gesprochen wird, dann ist damit gemeint, dass in einer bestimmten Politikarena eine graduelle Beförderung der normativen Prinzipien stattfindet.

ling **2008c** [20]). Die Ausbildung eines differenzierten Konsultationsregimes ist insbesondere bei der EU zu beobachten (Kohler-Koch & Finke **2007** [61]). Die Intensität der zivilgesellschaftlichen Partizipation ist jedoch nicht in allen Politikfeldern gleich (Steffek **2010c** [40]). IO in Politikfeldern wie Sicherheit und Finanzen räumen der Zivilgesellschaft nur geringe Partizipationsrechte ein, während etwa IO aus den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklung den ZGO einen offenen Zugang bieten. Die Bestandsaufnahme dokumentiert jedoch nicht nur beachtliche Varianz zwischen Politikfeldern, sondern auch zwischen den einzelnen IO bzw. den Säulen der EU. Es gibt in der Praxis zudem eine große Vielfalt an Beteiligungsinstrumenten, die den zivilgesellschaftlichen Akteuren jeweils sehr unterschiedliche Teilnahmerechte und -möglichkeiten einräumen (Steffek & Ehling **2008** [24]; Kamlage **2008** [19]; Ferretti **2008** [14]; Kohler-Koch & Quittkat **2010** [70]).

In den Ergebnissen der Fallstudien zeichnen sich einige aus normativer Sicht problematische Befunde ab. Neben Defiziten bei Zugang und Transparenz ist insbesondere die Responsivität der Regierungsakteure gegenüber zivilgesellschaftlich vorgebrachten Anliegen als gering zu bewerten (Dany **2008** [12]; Friedrich **2008a** [1], **2008b** [15], **2008c** [16]; Kissling **2008b** [9]). Die Ergebnisse haben gezeigt, dass – variierend nach Politikfeld und IO – oftmals nur eine begrenzte Anzahl von ZGO mit bestimmten Voraussetzungen direkten Zugang zu den IO findet (Friedrich **2008c** [16]: 160; Steffek & Ehling **2008** [24]: 102). Aus demokratietheoretischer Sicht ist vor allem die mangelnde Gleichheit der Partizipationsmöglichkeiten bedenklich; sie ist im globalen politischen Kontext ausgeprägter als in der EU (Steffek & Kissling **2008** [27]: 215; Hüller & Kohler-Koch **2008** [51]).

Aus den empirischen Befunden der ersten Projektphase von B5 ergab sich eine neue Forschungsfrage, deren Klärung in der zweiten Projektphase in den Mittelpunkt rückte: Warum variiert ZGO-Beteiligung so deutlich zwischen den einzelnen Politikfeldern und warum werden ZGO in manchen Fällen nur sehr zögerlich an internationalisiertem Regieren beteiligt? Zur Erklärung dieser Befunde wurde, inspiriert durch die Organisationssoziologie, ein Erklärungsmodell entwickelt, das den Ressourcenbedarf von IO in den Mittelpunkt stellt (Steffek & Kissling 2006; Steffek **2010b** [39]). *Antriebskraft* für die Kooperation zwischen IO und ZGO ist das Interesse der IO an einem Zugewinn an Ressourcen durch die ZGO, um die geforderten Leistungen an politischer Steuerung und Projektimplementation zu erbringen. Die Varianz der IO in Bezug auf Arbeitsauftrag, Anforderungsprofil und finanzielle Grundausstattung kann die vorgefundene Varianz in der Kooperation mit ZGO zwischen Politikfeldern recht gut erklären (Steffek **2010b** [39]). Zur Erklärung von Varianz innerhalb eines Politikfeldes müssen dagegen einige institutionelle und ideelle *Weichensteller*, sowie Pfadabhängigkeit berücksichtigt werden, insbesondere die Organisationskultur und die Herausbildung von Normen guten Regierens (Steffek **2010b** [39]).

Neben die Erklärung der vorgefundenen Partizipationsmuster bei IO trat in der zweiten Phase eine weitere Stufe der empirischen Erhebung. Wenn ZGO als Transmissionsriemen zwischen der gesellschaftlichen Basis und IO funktionieren sollen, dann müssen sie selbst engen Kontakt mit dieser Basis halten. Aus diesem Grund wurden exemplarisch 60 transnational tätige für die jeweiligen Politikfelder relevante ZGO ausgewählt und es wurde untersucht wie sie ihre Mitglieder, Unterstützer und die von ihrer Arbeit Betroffenen in ihren internen politischen Willensbildungsprozess einbinden. Die empirische Analyse zeigt eine Reihe von Variationen, die sich grundsätzlich zwei verschiedenen Modellen der Einbindung zuordnen lassen (Hahn & Steffek **2010** [37]): ein formalisiertes Repräsentationsmodell, sowie ein Modell informeller Einbindung. Beide Modelle haben spezifische Stärken und Schwächen. Formal-repräsentative Modelle sichern gleiche und transparente Beteiligungsverfahren, informelle Konsultationen dagegen erlauben die unmittelbare und kontinuierliche Einbindung interessierter Mitglieder in laufende Debatten. Diese Variationen lassen sich zum einen auf die Größenunterschiede zwischen den Verbänden (Steffek u.a. **2010** [30]), zum anderen auf unterschiedliche Organisationstypen (Kohler-Koch & Buth **2009** [58]) zurückführen. Die Entfernung der transnationalen ZGO von der Basis ist besonders bei den themenübergreifenden Zusammenschlüssen in Plattformen und Netzwerken zu beobachten. Im Hinblick auf das Unabhängigkeitskriterium zeigte sich, dass einige ZGO in Abhängigkeit von der Finanzierung durch IO geraten sind (Rodekamp, Piewitt & Steffek **2010** [38]). Dies ist insbesondere in der EU der Fall.

Der Befund, dass ZGO die Transmissionsfunktion zwischen der Bürgerschaft und den IO bzw. der EU nur unzureichend ausfüllen, ist jedoch für die Beurteilung der demokratierelevanten Leistungen der ZGO für internationales Regieren nicht hinreichend. Zum einen bleiben wesentliche Prozesse, über die demokratische Repräsentation und Partizipation sichergestellt werden, nämlich die Herstellung von Öffentlichkeit und die Einforderung politischer Verantwortung, unberücksichtigt, zum anderen bleibt der Mechanismus des Transmissionsriemens zu sehr dem Modell der kollektiven Partizipation verhaftet, die nach den Forschungsergebnissen der Politischen Soziologie zunehmend von den vielfältigen Formen individueller Partizipation abgelöst wird (Van Deth 2010). Diesen Forschungslücken wollen wir in der abschließenden Phase begegnen. Dabei können die neuen Teilprojektleiter an verschiedene eigene Forschungen anschließen.

Vorarbeiten von Thorsten Hüller und Beate Kohler-Koch

Hüller hat sich im Rahmen seiner Promotion intensiv mit normativen Konzeptionen deliberativer Demokratie und ihren Realisierungschancen in modernen Gesellschaften beschäftigt (Hüller **2005** [50]). Das deckt sich präzise mit dem normativen Rahmen des B5-Projekts (Nanz & Steffek 2005a). In der Dissertationsschrift finden sich nicht nur wichtige Überlegungen zu der Frage, welche normativen Standards

vor dem Hintergrund der Vielzahl an existierenden Demokratievorstellungen angemessen sind (ebenda: Teil I), sondern auch bereits empirisch fundierte Hinweise zu den Aussichten, die demokratische Legitimation über zivilgesellschaftliche Organisationen zu sichern (ebenda: Kapitel 10). Anschließend hat er vor allem zu Fragen der Demokratie in der Europäischen Union geforscht (Hüller **2007a** [48], **2007b** [49], **2008a** [46], **2010a** [44], **2010b** [45], **2010c** [68]).

Zu den für das B5-Projekt einschlägigen, neueren Forschungsschwerpunkten von Beate Kohler-Koch gehören Arbeiten über die Organisation und Strategien wirtschaftlicher Interessenvermittlung in der EU (Eising & Kohler-Koch **2005** [43]), die Besonderheiten und Veränderungen europäischen Regierens (Kohler-Koch & Eising **1999** [60]; Kohler-Koch **2003** [57]; Kohler-Koch & Rittberger **2006** [66]; Kohler-Koch & Larat **2008** [63]; **2009** [62]), Fragen der demokratischen Legitimität der EU (Kohler-Koch & Rittberger **2007** [65]) und des möglichen Beitrags zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Demokratisierung der EU (Kohler-Koch & Finke **2007** [61]; Kohler-Koch u.a. **2008** [59]; Kohler-Koch & Edler-Wollstein **2008** [52]; Kohler-Koch **2009a** [54]; **2009b** [55]; Kohler-Koch & Quittkat **2009** [64]; Kohler-Koch **2010a** [53]; **2010b** [69]).

Einschlägig für die Fragestellungen des B5-Projekts ist insbesondere das DFG-Projekt (KO 795/12-1) „Demokratisierung der EU durch Einbindung der Zivilgesellschaft: die Rolle der Europäischen Kommission“ (DEMOCIV), das zwischen 2006 und 2008 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführt wurde und bei dem die Teilprojektleiterin in gleicher Funktion und der Teilprojektleiter als Mitarbeiter beteiligt waren.

Das DEMOCIV-Projekt hat die These, dass die politische Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen die Demokratie fördere, systematisch untersucht: Zum einen wurde die Lancierung der neuen Leitidee von „participatory governance“ (Kohler-Koch **2008** [56]) und ihre Umsetzung in ein neues Konsultationsregime (Kohler-Koch & Finke **2007** [61]) aufgearbeitet, zum anderen wurden umfassend die Beteiligungsinstrumente der Europäischen Kommission erhoben. Darüber hinaus wurde exemplarisch ihr Einsatz und ihre Nutzung in zwei gesellschaftspolitisch zentralen Politikfeldern (Beschäftigung und Soziales; Gesundheit und Verbraucherschutz) untersucht und die diskursive Qualität der politischen Auseinandersetzungen in den einschlägigen Online-Konsultationen der Kommission analysiert (Hüller **2008b** [47]; **2010a** [44]; Teil III).

Da der Beitrag zur Demokratie nicht durch eine Übertragung der für den Nationalstaat entwickelten theoretischen Konzepte ermessen werden kann, haben wir ein eigenes theoretisches Bewertungsraster entwickelt, das den institutionellen Gegebenheiten der EU angemessen und für die empirische Forschung einsetzbar ist (Hüller **2010a** [44], **2010c** [68]; Hüller & Kohler-Koch **2008** [51]; Kohler-Koch **2010a** [53], **2009b** [55]; Kohler-Koch & Quittkat **2010** [70]). Wir haben mit unseren theoretischen Überlegungen die Mehrdimensionalität der Demokratisierung

reflektiert und in ein entsprechendes Analysedesign übersetzt, d.h. wir haben den Beitrag der gesellschaftlichen Verbände zur effektiven und repräsentativen Beteiligung unterschiedlicher Interessen, die verbandsinterne Informationsweitergabe und deren Wiederhall in einer breiteren Öffentlichkeit sowie den diskursiven Austrag politischer Kontroversen in den Konsultationsprozessen untersucht und damit auch einen möglichen europäischen Demokratisierungspfad aufgezeigt. Die Formulierung der Forschungsziele für die dritte Phase beruht nicht zuletzt auf diesen theoretischen und empirischen Vorarbeiten.

Für das Teilprojekt sind folgende Publikationen hervorzuheben: Die wichtigsten Gesamtdarstellungen des Teilprojekts bilden zwei Sammelbände, in denen ein Großteil der entstandenen und im Bericht beschriebenen Forschung dokumentiert wird (Steffek & Hahn **2010a** [10]; Steffek u.a. **2008** [11]). Vom aktuellen Projektleiter sind drei Zeitschriftenaufsätze besonders hervorzuheben (Steffek **2008a** [5], **2010a** [3]; Steffek & Ferretti **2009** [6]). Darüber hinaus sind von den Mitarbeitern folgende Texte besonders gelungen (Kissling **2008b** [9], Pietwitt **2010** [31]). Unter den projektrelevanten Publikationen der Antragsteller sind folgende besonders hervorzuheben (Hüller **2007b** [49], **2010a** [44], **2010b** [45]; Kohler-Koch **2009b** [55], **2010a** [53], **2010b** [69]; Kohler-Koch & Edler-Wollstein **2008** [52]).

Wie auch das Teilprojekt B5, mit dem schon in der Vergangenheit eine enge Kooperation bestand, hat sich DEMOCIV gerade durch eine anspruchsvolle Verknüpfung von Theorie und Empirie ausgezeichnet.

3.3.2 Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen

Verfasser in [eckigen Klammern] sind/waren keine Sfb-Mitarbeiter.

(I.) Begutachtete Beiträge für

(a.) wissenschaftliche Zeitschriften

1. Friedrich, Dawid (2008a) Partizipatives Regieren in der EU: Die EU zwischen ‚laissez-faire‘ und geregelter Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* **15**:2, 209-235
2. Kissling, Claudia (2008a) Nuclear Non-Proliferation as a Learning Case for Civil Society Legitimacy, in: *S+F Sicherheit und Frieden* **26**:2, 81-88
3. Steffek, Jens (2010a) Public Accountability and the Public Sphere of International Governance, in: *Ethics & International Affairs* **24**:1, 45-67
4. Steffek, Jens (2009a) Discursive Legitimation in Environmental Governance, in: *Forest Policy and Economics* **11**:5/6, 313-318

5. Steffek, Jens (2008a) Zähmt zivilgesellschaftliche Partizipation die internationale Politik? Vom exekutiven zum partizipativen Multilateralismus, in: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 36:1, 105-122
6. Steffek, Jens & Maria Paola Ferretti (2009) Accountability or „Good Decisions“? The Competing Goals of Civil Society Participation in International Governance, in: *Global Society* 23:1, 37-57

(b.) *monographische Reihen*

7. [Deitelhoff, Nicole] & Jens Steffek, Hg. (2009a) *Was bleibt vom Staat? Demokratie, Verfassung und Recht im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Campus
8. Hurrelmann, Achim, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg. (2007) *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Basingstoke: Palgrave Macmillan
9. Kissling, Claudia (2008b) *Civil Society and Nuclear Non-proliferation: How Do States Respond?* Aldershot: Ashgate
10. Steffek, Jens & Kristina Hahn, Hg. (2010a) *Evaluating Transnational NGOs – Legitimacy, Accountability, Representation*, Basingstoke: Palgrave Macmillan
11. Steffek, Jens, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. (2008) *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan

(c.) *Sammelbandbeiträge*

12. Dany, Charlotte (2008) CSO Impact under Most Favourable Conditions: The World Summit on the Information Society, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 53-70
13. [Deitelhoff, Nicole] & Jens Steffek (2009b) Einleitung: Staatlichkeit ohne Staat?, in: Nicole Deitelhoff & Jens Steffek, Hg. *Was bleibt vom Staat? Demokratie, Verfassung und Recht im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Campus, 7-34
14. Ferretti, Maria Paola (2008) Participatory Strategies in the Regulation of GMO Products in the EU, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 166-184.
15. Friedrich, Dawid (2008b) Actual and Potential Contributions of Civil Society Organisations to Democratic EU Governance, in: Matthias Freise, Hg. *European Civil Society and Multilevel Governance*, Baden-Baden: Nomos, 67-86
16. Friedrich, Dawid (2008c) Shaped by the Logic of Policy-Making and the ‚Volonté politique‘: Participation of CSOs in the EU’s Migration and Environmental Policies, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 140-165
17. Hurrelmann, Achim, Steffen Schneider & Jens Steffek (2007a) Introduction: Legitimacy in an Age of Global Politics, in: Achim Hurrelmann, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg. *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 1-16

18. Hurrelmann, Achim, Steffen Schneider & Jens Steffek (2007b) Conclusion: Legitimacy – Making Sense of an Essentially Contested Concept, in: Achim Hurrelmann, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg. *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 229-237
19. Kamlage, Jan-Hendrik (2008) The Legitimacy of Regional Deliberative Bodies: An Assessment of Civil Society Participation in the Implementation of EU Regional Policy, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 185-207
20. Kissling, Claudia (2008c) The Evolution of CSOs' Legal Status in International Governance and Its Relevance for the Legitimacy of International Organizations, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 30-52
21. Steffek, Jens (2009b) Die Legitimation internationalen Regierens: vom Staatenkonsens zum Bürgerkonsens, in: Nicole Deitelhoff & Jens Steffek, Hg. *Was bleibt vom Staat? Demokratie, Verfassung und Recht im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M.: Campus, 161-186
22. Steffek, Jens (2007a) Breaking the Nation State Shell: Prospects for Democratic Legitimacy in the International Domain, in: Achim Hurrelmann u.a., Hg. *Transforming the Golden-Age Nation State*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 109-129
23. Steffek, Jens (2007b) Legitimacy in International Relations: From State Compliance to Citizen Consensus, in: Achim Hurrelmann, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg. *Legitimacy in an Age of Global Politics*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 175-192
24. Steffek, Jens & Ulrike Ehling (2008) Civil Society Participation at the Margins: The Case of WTO, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 95-115
25. Steffek, Jens & Kristina Hahn (2010b) Introduction: Transnational NGOs and Legitimacy, Accountability, Representation, in: Jens Steffek & Kristina Hahn, Hg. *Evaluating Transnational NGOs – Legitimacy, Accountability, Representation*, Basingstoke: Palgrave Macmillan
26. Steffek, Jens und Kristina Hahn (2010c) Evaluating NGOs: Prospects for Academic Analysis, in: Jens Steffek & Kristina Hahn, Hg. *Evaluating Transnational NGOs – Legitimacy, Accountability, Representation*, Basingstoke: Palgrave Macmillan
27. Steffek, Jens & Claudia Kissling (2008) CSOs and the Democratization of International Governance: Prospects and Problems, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 208-218
28. Steffek, Jens & Patrizia Nanz (2008) Emergent Patterns of Civil Society Participation in Global and European Governance, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 1-29

29. Steffek, Jens, Ralf Bendrath, Simon Dalferth, Kristina Hahn, Martina Piewitt & Meike Rodekamp (2010) Assessing the Democratic Legitimacy of Transnational CSOs: Five Criteria, in: Jens Steffek & Kristina Hahn, Hg. *Evaluating Transnational NGOs – Legitimacy, Accountability, Representation*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 100-125

(d.) Arbeitspapiere

30. Steffek, Jens, Kristina Hahn, Martina Piewitt & Meike Rodekamp (2010) Whose Voice? Transnational CSOs and Their Relations with Members, Supporters and Beneficiaries, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 113

(II.) Nicht-referierte Beiträge für

(a.) wissenschaftliche Zeitschriften

31. Piewitt, Martina (2010) Participatory Governance in the WTO: How Inclusive is Global Civil Society?, in: *Journal of World Trade* 44:2, 467-488

(b.) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

(c.) Sammelbandbeiträge

32. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2007) Zivilgesellschaftliche Partizipation und die Demokratisierung internationalen Regierens, in: Peter Niesen & Benjamin Herborth, Hg. *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 87-110
33. Steffek, Jens (2008b) Organised Civil Society and the Accountability of European Governance, in: Krassimir Nikolov, Hg. *Adapting to Integration in an Enlarged European Union*, Sofia: Bulgarian Community Studies Association, Vol. II, 108-135

(d.) Arbeitspapiere

34. [Smismans, Stijn] & Jens Steffek (2008) Civil Society Participation in European Governance, European University Institute, New Modes of Governance Project, Policy Brief No. 11
35. Steffek, Jens (2008c) From Utopia to Apology – The Return to Inter-state Justice in Normative IR Scholarship, in: Joerges, Christian & Poul F. Kjaer, Hg. *Transnational Standards of Social Protection*, ARENA Report No 5/08, Oslo, 255-260

(III.) Vorliegende Manuskripte

36. Calliess, Graf-Peter & Jens Steffek (2010) Transnationalismus in Politik und Recht: Versuch einer interdisziplinären Begriffsklärung (in Begutachtung)
37. Hahn, Kristina & Jens Steffek (2010) Listening to the Grassroots? How Transnational CSOs Interact with their Constituents, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper (in Vorbereitung)
38. Rodekamp, Meike, Martina Piewitt & Jens Steffek (2010) How Accountable are Transnational CSOs?, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper (in Begutachtung)

39. Steffek, Jens (2010b) Explaining Patterns of Transnational Participation: the Role of Policy Fields, in: Christer Jönsson & Jonas Tallberg, Hg. *Transnational Actors in Global Governance*, Basingstoke: Palgrave Macmillan (im Erscheinen)
40. Steffek, Jens (2010c) Mandatskonflikte, Liberalismuskritik und die Politisierung von GATT und WTO, in: Michael Zürn & Matthias Ecker-Ehrhardt, Hg. *Gesellschaftliche Politisierung und internationale Institutionen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (im Erscheinen)
41. Steffek, Jens (2010d) Norms, Persuasion and the New German Idealism in IR, in: Rodney Bruce Hall, Oliver Kessler, Cecilia Lynch & Nicholas Onuf., Hg. *On Rules, Politics, and Knowledge: Friedrich Kratochwil, International Relations, and Domestic Affairs*, Basingstoke: Palgrave Macmillan (im Erscheinen)
42. Steffek, Jens & [Mariana Gomes Pereira] (2010) Transnational Governance Networks and Democracy: What Are the Standards?, in: Olaf Dilling, Martin Herberg & Gerd Winter, Hg. *Transnational Administrative Governance: Performance, Powers, and Legitimation*, Oxford: Hart (im Erscheinen)

(IV.) Projektrelevante Publikationen der neuen Teilprojektleiter (Auswahl)

43. [Eising, Rainer] und Beate Kohler-Koch, Hg. (2005) *Interessenpolitik in Europa*. Baden-Baden: Nomos
44. Hüller, Thorsten (2010a) *Demokratie und Sozialregulierung in Europa. Die Online-Konsultationen der EU Kommission*, Frankfurt a.M.: Campus
45. Hüller, Thorsten (2010b) Playground or Democratisation? New Participatory Procedures at the European Commission, in: *Swiss Political Science Review* 16:1, 79-109
46. Hüller, Thorsten (2008a) Demokratisierung der EU durch Online-Konsultationen?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 21:2, 73-82
47. Hüller, Thorsten (2008b) Gut beraten? Die Online-Konsultationen der EU Kommission, in: *Zeitschrift für Politikberatung* 1:3/4, 359-382
48. Hüller, Thorsten (2007a) Adversary or ‚Depoliticized‘ Institution? Democratizing the Constitutional Convention, RECON Working Paper 2007/07, Oslo
49. Hüller, Thorsten (2007b) Assessing EU Strategies for Publicity, in: *Journal of European Public Policy*, 14:4, 563-581
50. Hüller, Thorsten (2005) *Deliberative Demokratie: Normen, Probleme und Institutionalisierungsformen*, Münster: LIT Verlag
51. Hüller, Thorsten & Beate Kohler-Koch (2008) Assessing the Democratic Value of Civil Society Engagement in the European Union, in: Beate Kohler-Koch, Dirk De Bièvre & William Maloney, Hg. *Opening EU Governance to Civil Society – Gains and Challenges*. CONNEX Report Series, Volume 5, Mannheim, 145-181
52. Kohler-Koch, Beate & [Stefanie Edler-Wollstein] (2008) It's about Participation, stupid. Is it? – Civil Society Concepts in Comparative Perspective, in: Jobert, Bruno & Beate Kohler-Koch, Hg. (2008) *Changing Images of Civil Society: From Protest to Governance*. London: Routledge, 195-214
53. Kohler-Koch, Beate (2010a) Civil Society and EU Democracy: ‚Astroturf‘ Representation?, in: *Journal of European Public Policy* 17:1, 100–116

54. Kohler-Koch, Beate (2009a) Civil Society and the European Union, in: Anheier, Helmut; List, Regina; Toepler, Stefan, Hg. *International Encyclopedia of Civil Society (IECS)*, New York: Springer, Part 3: 332-338
 55. Kohler-Koch, Beate (2009b) The Three Worlds of European Civil Society—What Role for Civil Society for What Kind of Europe?, in: *Policy and Society* **28**:1, 47-57
 56. Kohler-Koch, Beate (2008) Does Participatory Governance Hold its Promises?, in: Beate Kohler-Koch & Fabrice Larat, Hg. *Efficient and Democratic Governance in the European Union*, CONNEX Report Series No. 9, Mannheim, 265-295
 57. Kohler-Koch, Beate, Hg. (2003) *Linking EU and National Governance*, Oxford: University Press
 58. Kohler-Koch, Beate & [Vanessa Buth] (2009) Civil Society in EU Governance: Public Interest Groups – Lobby Groups Like Any Other?, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 108
 59. Kohler-Koch, Beate, [Dirk De Bièvre] & [William Maloney], Hg. (2008) *Opening EU-Governance to Civil Society*, CONNEX Report Series / Nr. 5, Mannheim
 60. Kohler-Koch, Beate & [Rainer Eising], Hg. (1999) *The Transformation of Governance in the European Union*, London: Routledge
 61. Kohler-Koch, Beate & [Barbara Finke] (2007) The Institutional Shaping of EU-Society Relations. A Contribution to Democracy via Participation?, in: *Journal of Civil Society* **3**:3, 205-221
 62. Kohler-Koch, Beate & [Fabrice Larat], Hg. (2009): *European Multi-Level Governance. Contrasting Images in National Research*, Cheltenham/ Northampton, MA: Edward Elgar
 63. Kohler-Koch, Beate & [Fabrice Larat], Hg. (2008): *Efficient and Democratic Governance in the European Union*, CONNEX Report Series / Nr. 9, Mannheim
 64. Kohler-Koch, Beate & [Christine Quittkat] (2009) What is Civil Society and Who Represents Civil Society in the EU? – Results of an Online Survey among Civil Society Experts, in: *Policy and Society* **28**:1, 11-22
 65. Kohler-Koch, Beate & [Berthold Rittberger], Hg. (2007) *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham: Rowman & Littlefield
 66. Kohler-Koch, Beate & [Berthold Rittberger] (2006) Review Article: The „Governance Turn“ in EU Studies, in: *Journal of Common Market Studies* **44**:1, 27-49
- V. Vorliegende Manuskripte der neuen Teilprojektleiter*
67. [Altides, Christina] & Beate Kohler-Koch (2009) Multi-level Accountability via Civil Society Associations?, Paper presented at the Conference „Bringing Civil Society In: The European Union and the Rise of Representative Democracy“, European University Institute, Florence 13-14 March (unveröffentlichtes Manuskript)
 68. Hüller, Thorsten (2010c) Conceptualising Democratic Associational Involvement in EU Decision Making – Contributions from Contemporary Political Theory, in: *Acta Politica* **45**:3 (im Erscheinen)
 69. Kohler-Koch, Beate (2010b) How to Put Matters Right? Assessing the Role of Civil Society in EU Accountability, in: *West European Politics*, **33**:5 (im Erscheinen)

70. Kohler-Koch, Beate & [Christine Quittkat], Hg. (2010) *Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Demokratisierung von EU-Governance*, Frankfurt a.M.: Campus (in Bearbeitung)

3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

Überblick

In der dritten Phase steht die Bewertung der zivilgesellschaftlich erweiterten Governance-Strukturen im Zentrum der Untersuchung: Wie groß ist der Zugewinn an demokratischer Legitimität durch eine institutionalisierte Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure in IO und EU? Diese umfassende Bewertung des Outcomes (Forschungsziel 4) vor dem Maßstab des normativen Guts demokratischer Legitimität bedarf vor dem Hintergrund der vorangegangenen Phasen drei zusätzlicher Studien (Forschungsziele 1 – 3).

Erstens wird, wie bereits im ersten Fortsetzungsantrag angekündigt, zur Vervollständigung der empirischen Untersuchungen zum Transmissionsriemen-Modell ein bisher unterbelichteter Demokratisierungskanal in den Blick genommen werden. Es ist angenommen worden, dass die ZGO selbst der Transmissionsriemen zwischen den IO und der Bürgerschaft sind bzw. sein sollten. ZGO können entsprechende demokratierelevante Funktionen aber auch über den Umweg der Öffentlichkeit ausfüllen (Forschungsziel 1 ‚Publizität‘).

Zweitens können ZGO jenseits des Transmissionsriemen-Modells in verschiedenen Rollen zur demokratischen Verantwortung beitragen und dabei entweder selbst als Teilnehmer in den Governance-Strukturen oder als externe Auslöser ‚horizontaler‘ Rechenschaftsprozesse der Verselbständigung internationaler Politik entgegenwirken (Forschungsziel 2 ‚Accountability‘).

Drittens soll stärker herausgearbeitet werden, was das Teilprojekt gegenüber anderen Forschungen zum Thema auszeichnet, nämlich eine systematische vergleichende Untersuchung der Einbindung der ZGO in der europäischen und in der internationalen Politik. Angesichts der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextbedingungen und der jeweils spezifischen institutionellen Strukturen ist es nicht plausibel davon auszugehen, dass mit ähnlichen Verfahren auch annähernd gleiche Demokratiewirkungen erzielt werden können. Dank des politikfeld- und ebenenübergreifenden Zugriffs können wir in der dritten Phase der Frage nachgehen, ob die Demokratiewirkungen in entsprechenden zivilgesellschaftlich erweiterten Governance-Strukturen auf internationaler und europäischer Ebene tatsächlich gleich bzw. ähnlich ausfallen (Forschungsziel 3 ‚Ebenenvergleich‘).

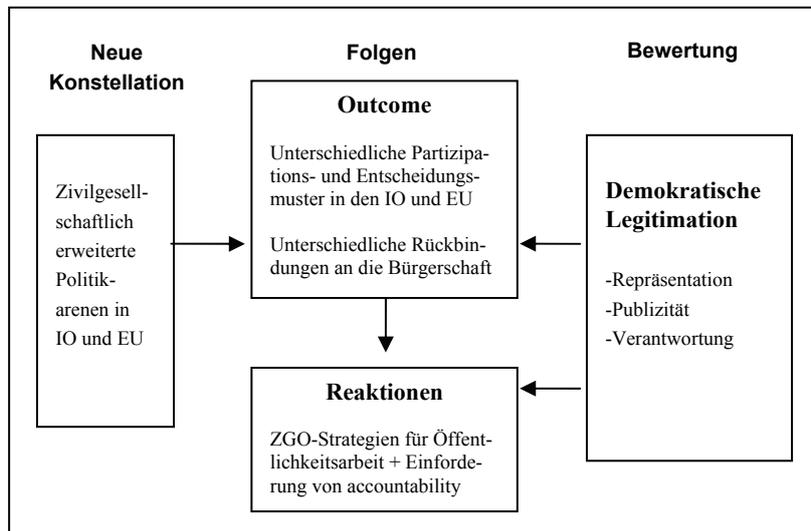
Und viertens soll abschließend auf der Grundlage der in den drei Phasen gewonnenen Erkenntnisse die demokratietheoretische Reflexion nochmals vertieft

und insgesamt der Zugewinn an demokratischer Legitimität durch ZGO-Einbindung in die Politik im und jenseits des Nationalstaats abgeschätzt werden (Forschungsziel 4 ‚Gesamtbewertung‘). Dabei stehen in der Terminologie des Sfb-Dachantrags zwei Fragestellungen im Zentrum: In welchem Maße haben die zivilgesellschaftlich erweiterten Politikarenen jenseits des Staates zu (positiven) Niveauveränderungen im Hinblick auf das normative Gut ‚demokratische Legitimität‘ geführt? Und können diese Veränderungen die durch Denationalisierungsprozesse beschädigte Demokratiebilanz innerhalb der Nationalstaaten mildern oder sogar neutralisieren (siehe auch Forschungsprogramm unter 1.2.2 B.c.aa)?

3.4.1 Forschungsziele

In der vergangenen Dekade haben ZGO in den verschiedenen Phasen des Politikprozesses Aufgaben übernommen und Funktionen zugeschrieben bekommen, die zu einer neuen Konstellation, nämlich zu zivilgesellschaftlich erweiterten Politikarenen auf europäischer und globaler Ebene geführt haben. Unsere Forschung hat ergeben, dass sich in den unterschiedlichen Politikfeldern sowie über die politischen Ebenen hinweg verschiedene Partizipationsmuster in den jeweiligen Politikarenen bzw. Governance-Strukturen entwickelt haben. Zudem variiert die Rückbindung zwischen den untersuchten ZGO und ihren ‚Constituencies‘ erheblich. Da Repräsentation im Sinne des Transmissionsriemen-Modells ein wichtiger, aber nicht erschöpfender Prozess zur Herstellung demokratischer Legitimität ist, soll in

Abbildung 1: Analytischer Rahmen



der dritten Phase zunächst untersucht werden, ob und in welchem Maße ZGO über die Schaffung von Publizität (Forschungsziel 1) und die Einforderung von politischer Verantwortlichkeit (Accountability; Forschungsziel 2) einen weiteren Beitrag zur Demokratisierung internationalen/europäischen Regierens leisten.

Erst durch diesen erweiterten Zugriff auf die möglichen Funktionen der ZGO lässt sich die Frage nach ihrem Legitimationsbeitrag systematisch beantworten. Unsere Forschungen konzentrieren sich dabei auf zwei Fragestellungen: Wie viel Zugewinn an demokratischer Legitimität ermöglicht die ZGO-Einbindung (Forschungsziel 4)? Und gibt es strukturelle Unterschiede in diesem Zugewinn bei der ZGO-Einbindung in die europäischen im Vergleich zu den internationalen Governance-Strukturen (Forschungsziel 3)?

Forschungsziel 1: Von Transparenz zu Publizität?

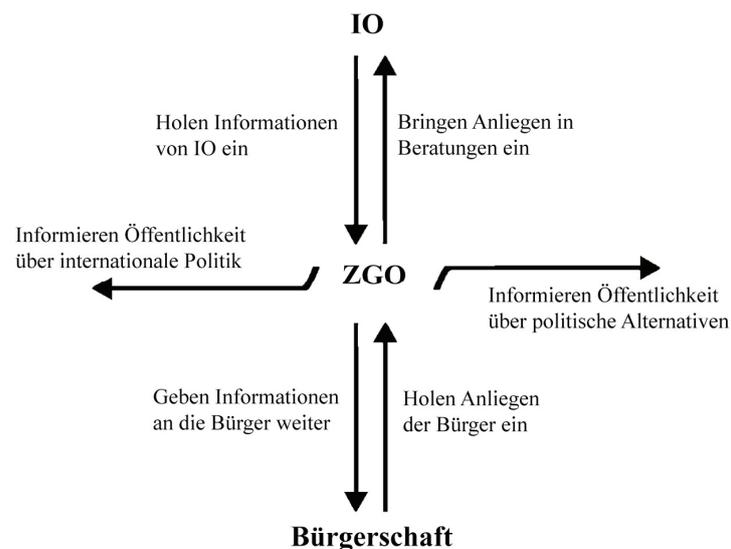
Transparenz ist ein zentraler Bewertungsmaßstab und Forschungsgegenstand in den vorangegangenen Phasen des Teilprojekts gewesen. Internationale Organisationen und ihre Entscheidungsprozesse sind transparent, sofern und in dem Maße wie sie einen aufwandsarmen Zugang zu Informationen über relevante Beratungs- und Entscheidungsprozesse gestatten. Gleichzeitig müssen auch die Aktivitäten und Willensbildungsprozesse der ZGO für die eigenen Mitglieder, für Betroffene und allgemein für die Bürger transparent sein, weil nur so über diese von ZGO vermittelte doppelte Transparenz eine ‚aufgeklärte Partizipation‘ (Dahl 1989) der Bürger möglich ist (siehe Abbildung 2). Die in den vorangegangenen Phasen analysierte doppelte Transparenz ist also eine zentrale Bedingung dafür, dass ZGO als Transmissionsriemen in den angelagerten Politikarenen eine demokratische Repräsentationsfunktion übernehmen können.

Schon in dem Ausgangsmodell (siehe Abbildung 2) ist der Transmissionsriemen nicht lediglich als eindimensionale Vermittlung, d. h. als Weiterleitung von Präferenzen bzw. Informationen und Optionen, begriffen worden. Vielmehr gehört dazu auch, dass Informationen über faktische Gegebenheiten, Vorlieben und Werthaltungen in einen offenen politischen Diskurs eingebracht werden (= horizontale Transmission im Modell). Insofern erfasst „Zugang“ nur eine, allerdings wichtige Voraussetzung für die Transmissionsfunktion von ZGO. An die ergänzende Transmissionsfunktion über die Öffentlichkeit knüpfen sich theoretisch gut begründete normative Erwartungen, und vertiefte empirische Untersuchungen haben sich genau auf diese ‚horizontalen‘ Wirkungen der ZGO festgelegt (siehe etwa Ecker-Ehrhardt 2009; Rucht & Teune 2008; Zürn 2003; Zürn & Ecker-Ehrhardt 2010).

Wir wollen die Öffentlichkeitsstrategien der ZGO vor allem im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten der ZGO zu politischen Entscheidungsprozessen und der Variation in der Responsivität der IO untersuchen. Sollte der Zugang zu IO/EU für ZGO, so unsere Überlegung, mühselig, ineffektiv oder gar ganz versperrt sein, so müsste in Übereinstimmung mit der Politisierungsthese

(siehe Forschungsprogramm unter 1.2.2 B.c.bb) der Weg über die Öffentlichkeit gewählt werden. Dabei übernehmen die ZGO eine doppelte Funktion: sie rücken die Politikprozesse und Themen in die tatsächliche öffentliche Aufmerksamkeit (themenspezifische Publizität) und machen öffentlich, dass über relevante politische Fragen im Modus des ‚Club Modells‘ entschieden wird (ordnungspolitische Publizität). Publizität schafft ‚common knowledge‘ und damit die Grundlage für „enlightened understanding“ (Dahl 1989: 111f.), was wiederum eine notwendige Voraussetzung für demokratische Autorisierungs- und Rechenschaftsprozesse darstellt. Sie erschließt damit einen komplementären Demokratisierungspfad, nämlich über externe Kommunikationen der ZGO in die Öffentlichkeit. Über transnationale und nationale Strukturen der Öffentlichkeit können ZGO ihre Anliegen an IO und Bürgerschaft signalisieren, ohne formal in Beratungsprozesse eingebunden zu sein und ohne sich auf die interne Kommunikation mit ihren Mitgliedern etc. zu beschränken.

Abbildung 2: Transmissionsriemenmodell



ZGO können den Weg über die Öffentlichkeit ergänzend auch als Ersatz bzw. Alternative zur direkten Einbindung in IO und EU wählen. Unsere erste These ist nun, dass ein Zusammenhang zwischen der Transparenz bzw. der Zugänglichkeit von IO und EU und der Ausrichtung der ZGO auf die Öffentlichkeit als Adressaten ihrer Transmissionsleistung besteht. Gerade wenn den ZGO kein Zugang zu den relevan-

ten Governance-Arenen gewährt wird, erwarten wir als Reaktion eine verstärkte Nutzung des ‚Umweges‘ über die Öffentlichkeit.

Wir erwarten somit eine inverse Korrelation zwischen Zugang zu IO/EU und der (Bemühung um) Herstellung von Öffentlichkeit durch externe Kommunikation der ZGO. Da sich die bereits untersuchten Politikfelder, aber auch die EU und verschiedene IO in ihrer Offenheit (Zugänglichkeit/Transparenz) unterscheiden, werden wir in einer vergleichenden Analyse offener und nicht-offener Politikarenen diese These testen.

Auch bei offenen Governance-Arenen erwarten wir eine deutliche Varianz in der Öffentlichkeitsausrichtung der ZGO. Diese Varianz wird – ceteris paribus – davon abhängen, ob und in welchem Maße die ZGO ihre Anliegen im politischen Prozess durchsetzen können. Anders formuliert lautet unsere zweite These: Die Responsivität der IO gegenüber den direkt von den ZGO eingebrachten Positionen (in der vertikalen Ausrichtung von Abbildung 2) sollte negativ mit den Anstrengungen korrelieren, mit denen die ZGO ihre Anliegen in die Öffentlichkeit transportieren (in der horizontalen Ausrichtung in Abbildung 2).

Diese These soll in einem systematischen Vergleich der in der ersten und zweiten Phase identifizierten Fälle mit niedriger/hoher Responsivität in ähnlich transparenten und zugänglichen Politikarenen in der EU und der internationalen Politik untersucht werden (für eine Pilotstudie siehe Altides & Kohler-Koch 2009 [67]). Dabei werden wir wiederum vor allem auf solche Prozesse schauen, in denen hochgradig umstrittene, politisierte Gegenstände bearbeitet werden und Vertreter unterschiedlicher ZGO (auch) gegensätzliche Positionen vertreten.

Der demokratiefunktionale Rahmen für die empirische Untersuchung von Handlungsstrategien und -mustern zivilgesellschaftlicher Akteure kann zu Fehlinterpretationen führen, wenn damit ein zu enges Korsett für die empirische Aufklärung geschnürt wird. Die Rezeption der breiten empirischen Literatur hilft uns dabei, mögliche alternative Thesen zu den Handlungsstrategien systematisch zu berücksichtigen (im Hinblick auf die Öffentlichkeitsstrategien, siehe etwa Beyers 2004; Binderkrantz 2005; Grant 2001; allgemein zu den Handlungsstrategien und -logiken unterschiedlicher ZGO, siehe: Baumgartner & Mahoney 2008: 1264ff.; Beyers 2008; Bouwen 2002). Außerdem suggeriert der aufgespannte Analyse Rahmen, dass die relevanten Governance-Arenen jenseits des Staates bereits existieren. Tatsächlich kann die Öffentlichkeitsarbeit von ZGO aber gerade auch darauf zielen, solche Arenen (in bestimmten Politikfeldern) erst zu schaffen beziehungsweise zu reformieren. Auch solche ‚systemkritischen‘ Öffentlichkeitsstrategien müssen in der empirischen Untersuchung der entsprechenden ZGO-Aktivitäten berücksichtigt werden. Durch einen breiten, weitgehend induktiven empirischen Zugriff auf die Öffentlichkeitsarbeit der ZGO werden wir verhindern, dass die entwickelten theoretischen Überlegungen unsere Ergebnisse präjudizieren.

Gegenüber der bestehenden Literatur ergibt sich aus diesem Vorhaben ein doppelter Mehrwert. Zum einen werden nicht nachträglich die Fälle untersucht, von denen wir bereits vor der Analyse wussten, dass öffentliche Aufmerksamkeit generiert wurde (Seattle, G8- und andere Gipfel), sondern systematisch die Öffentlichkeitseffekte über sehr verschiedene Politikfelder hinweg, weil hier in der Literatur Unterschiede erwartet werden (Beyers 2008: 1190ff.). Zum anderen können wir vor dem Hintergrund unserer empirischen Ergebnisse aus den vorangegangenen Phasen den Reaktionszusammenhang mit der Offenheit und Responsivität von IO untersuchen und damit zur Aufklärung der Herrschaftskompetenzzuweisung durch ZGO (Anspruchstransfer und/oder staatliche Letztverantwortung, siehe Forschungsprogramm unter 1.2.2 B.c.bb) beitragen. Je nachdem, wer als *Adressat* der ZGO-Öffentlichkeitsarbeit empirisch ausgemacht wird, lassen sich die ZGO-Aktivitäten entweder eher als Beitrag zu einer eigenständigen transnationalen Politisierung (Adressat von Regelungserwartungen: IO und/oder transnationale Öffentlichkeit) oder als Hilfsmittel der Ausübung nationalstaatlicher Verantwortung in angelagerten Politikarenen (Adressat von Regelungserwartungen: nationale Politik und/oder Öffentlichkeit) deuten.

Forschungsziel 2: Demokratische Verantwortung durch ZGO-Einbindung?

Die Kategorien demokratische Verantwortung, Rechenschaftspflicht, Autorisierung, Kontrolle und „accountability“ stehen für ein zentrales Problem demokratischer Herrschaft in modernen Gesellschaften: der Prinzipal, die Bürgerinnen und Bürger, delegiert Herrschaftsbefugnisse an bestimmte Agenten, ohne damit den eigenen Herrschaftsanspruch aufzugeben. Deswegen wird nach funktionierenden Bindungsmechanismen gesucht, um die drohende Verselbständigung der Agenten und damit eine Untergrabung demokratischer Selbstbestimmung zu unterbinden.

In der bisherigen Untersuchung der Transmissionsriemenfunktion der ZGO sind Verantwortungsmechanismen nicht direkt in den Blick genommen worden, sondern wurden über die Frage der Responsivität der IO und der EU gegenüber ZGO-Positionen erschlossen. Weil sich über die untersuchten Fälle hinweg große Defizite, wenn auch mit Variationen, im Zugang und in der Responsivität gezeigt haben, gehen wir in der dritten Phase der These nach, dass ZGO über Mechanismen zur Einforderung von politischer Verantwortung kompensierend tätig sein können. Allgemeiner formuliert lautet die empirisch zu prüfende These, dass nicht Repräsentation an sich, sondern nur im Verbund mit Mechanismen demokratischer Verantwortung zur demokratischen Legitimität beiträgt. Die Ergänzung der Projektperspektive um die Dimension der Rechenschaftspflichtigkeit/Verantwortlichkeit erlaubt somit eine präzisere Einschätzung der Leistung der ZGO in Bezug auf die *effektive* Vermittlung von Bürgerpräferenzen in den politischen Entscheidungsprozess.

Dabei können wir uns jenseits allgemeiner normativer und konzeptioneller Überlegungen (Forst 2007; Gutmann & Thompson 1996: 128ff.; Mulgan 2000) auf spezifische Forschungen aus dem EU- und IB-Bereich (Anheier & Hawkes 2007; Bovens 2007; Grant & Keohane 2005; Harlow & Rawlings 2007), aber auch aus der vergleichenden Demokratieforschung (Przeworski u.a. 1999; Schmitter 2007) und Rechtswissenschaft (Fisher 2004) beziehen.

Aus dieser Forschung können zwei wichtige Unterscheidungen herangezogen werden, deren Kombination vier Typen von Verantwortungsmechanismen ergeben. Die Verantwortung der Agenten gegenüber dem Prinzipal kann sich auf die Verpflichtung zur Rechtfertigung beziehen („*obligation to explain and to justify his or her conduct*“) oder sanktionsbewehrt sein („*to face consequences*“; Bovens 2007). Zudem können Verantwortungsmechanismen den Agenten in vertikaler Ausrichtung direkt an den Prinzipal binden oder in horizontaler Ausrichtung an andere ‚Agenten‘ (O’Donnell 1994). Während es bei den vertikalen Verantwortungsmechanismen um die Frage der effektiven Vermittlung von Bürgerpräferenzen geht, zielen horizontale Mechanismen primär auf die Sicherung von Verantwortlichkeit in einem System von Gewaltenteilung ab. Und nur über eine systematische Aufarbeitung der verschiedenen wirksamen politischen Verantwortungsmechanismen und ihrer Verknüpfungen lässt sich der mögliche Zugewinn an demokratischer Legitimation adäquat erfassen.

Abbildung 3: Typen von Verantwortungsmechanismen in modernen Demokratien

		<i>Verantwortungsmodus</i>	
		Rechtfertigung	Sanktionen
Relationaler Bezug	Prinzipal (vertikal)	Bürgerbegehren, Ombudsmann, Petitionsausschüsse, Öffentlichkeit etc.	Wahlen, Volksabstimmungen, Recall-Verfahren etc.
	Andere Agenten (horizontal)	Rechnungshöfe, Anhörungsrechte, Begründungspflichten etc.	Gerichtliche Normenkontrolle, parlamentarische Abberufungsrechte etc.

Wir nehmen in zweifacher Weise einen breiten empirischen Zugriff auf potentiell wirksame Accountability-Mechanismen. Zum einen werden nicht-sanktionsbewehrte Mechanismen nicht aufgrund einer ‚realistischen‘ theoretischen Position von der Untersuchung ausgeschlossen. Es gibt durchaus Hinweise, dass auch Rechtfertigungspflichten *allein* einen Unterschied machen können (Harlow 2002: 159ff.; Shapiro 1992; Steffek 2010). Ob und in welchem Maße dies der Fall ist, werden wir empirisch aufklären. Zum anderen trennen wir ebenfalls nicht strikt zwischen Rechenschaftspflicht und Gewaltenteilung. Mit Grant und Keohane (2005) teilen wir die Einschätzung, dass auf globaler Ebene vor allem Mechanismen delegierter Re-

chenschaftspflicht, die bei uns in den beiden unteren Feldern angesiedelt sind, zu erwarten sind. Auf europäischer Ebene hingegen lässt sich auch eine Reihe von Accountability-Mechanismen identifizieren, die in den oberen Kästen zu verorten sind.

Die Suche nach komplexen Verantwortungszusammenhängen ist besonders für Regieren in Mehrebenensystemen und korporative Governance-Strukturen (Governance I und II nach Marks & Hooghe 2001) dringlich. Dementsprechend knüpfen wir hier an eine in der Organisationsforschung und in den Rechtswissenschaften laufende Diskussion an, die die Kombination von vielfältigen Formen von Rechenschaftsprozessen als angemessene Form der *Sicherung von Verantwortlichkeit* (Busuioac 2009) politischer Akteure unter den Bedingungen von vernetztem Regieren thematisiert (Bovens u.a. 2010; Curtin & Wille 2008; Harlow & Rawlings 2007) bzw. sich um die Konzeptionalisierung von „shared responsibility in international law“ (Projekt Nollkaemper, ACIL) bemüht. Generell ergibt sich politische Verantwortlichkeit nach unserer Auffassung also nicht aus einer linearen Beziehung zwischen „Prinzipal“ und „Agent“, sondern in komplexen Beziehungen in einem „accountability web“ (Heggli 2010: 12).

Die Ausdifferenzierung nach vier Typen ist für die Sichtung und Analyse entsprechender Verantwortungsmechanismen in der internationalen Politik und in der EU nicht zuletzt deswegen sinnvoll, weil manche der üblichen Instrumente jenseits des Staates entweder gar nicht (Wahlen in der internationalen Politik) oder nur sehr eingeschränkt (Regierungskontrolle durch das Europäische Parlament) greifen. Wir gehen davon aus, dass sowohl in der EU als auch in den IO vornehmlich horizontale Verantwortungsmechanismen greifen; d. h. dass die Entscheidungsträger sich nicht direkt bzw. in einer gestuften Verantwortungskette gegenüber dem Demos bzw. den Demoi legitimieren, sondern in Verantwortung gegenüber anderen Exekutiven, Gerichten etc. stehen.³

Unsere Fragestellung ist freilich nicht allgemein auf die Konstruktion politischer Verantwortung von IO und EU ausgerichtet, sondern spezifisch auf die Rolle von ZGO zur Sicherung demokratischer Verantwortlichkeit: Wie können ZGO politische Verantwortung einfordern? Unter welchen Bedingungen ist vor allem eine demokratische politische Verantwortung gewährleistet?

Die *Rolle der ZGO* kann zum einen als *Akteur* (= sie fordern selbst Rechenschaftspflicht ein und können den Entscheidungsträgern nachteilige Konsequenzen aufbürden), zum anderen als *Mittler* (facilitator = ZGO lösen Prozesse der politischen, rechtlichen Rechenschaftspflicht aus) in einem Verantwortungsprozess kon-

³ Grant und Keohane (2005) haben ein noch umfassenderes Set von sieben Mechanismen vorgeschlagen, die aber über Mechanismen politischer Accountability hinausgehen. Schmitter (2007) hat dagegen zu Recht eingewendet, dass wir uns bei der Behandlung der ‚demokratischen Frage‘ auf den engeren Kreis politischer Mechanismen konzentrieren sollten.

zipiert werden (Kohler-Koch **2010b** [69]). Das Qualitätsmerkmal „demokratisch“ bestimmt sich nach der demokratischen Legitimität des Akteurs, der letztendlich die Verantwortung einfordert, also in welchem Maße er rechtmäßiger Weise für die Bürgerschaft selbst sprechen kann.

In der Kombination dieser beiden Rollen mit den vier Typen von Verantwortungsmechanismen ergeben sich für ZGO acht unterschiedliche Verantwortungsfunktionen. Davon zielen je vier auf die effektive Vermittlung von Bürgerpräferenzen bzw. auf die horizontale Sicherung von Verantwortung. ZGO könnten als Organisatoren einer europäischen Bürgerinitiative die Europäischen Kommission einem Erklärungszwang aussetzen (Artikel 11 EU-Vertrag), sie können jedoch auch durch Veröffentlichung und Skandalisierung politischer Entscheidungen oder deren Ausbleiben die europäischen und internationalen Entscheidungsträger zur öffentlichen Rechtfertigung gegenüber der Bürgerschaft bzw. den Betroffenen ‚nötigen‘ (bekannte Beispiele sind die Greenpeace ‚Brent Spar‘-Kampagne, die Intervention in die MAI-Verhandlungen, die Publizierung der Zusammenhänge zwischen den Kosten für HIV-Arzneimittel und dem Patentschutz). Mit ähnlichen Mitteln können sich die ZGO auch an kompetenz- und sanktionsbewehrte Akteure innerhalb der IO bzw. EU richten (Parlament, Ombudsmann, Gerichte, Streitschlichtungsstellen). Die ZGO verfügen selten über harte, also rechtliche Instrumente (beispielsweise kollektive Klagebefugnisse), sondern meist nur über weiche Instrumente wie etwa die substantielle Unterstützung von Klagen und Verfahren (etwa vor dem UN-Menschenrechtsausschuss), die Organisation von Widerstand (oder Zustimmung) bei Referenden zu internationalen Abkommen oder die Möglichkeit ihre Positionen und Expertise eigenständig in internationalen Streitbeilegungsverfahren einzuspeisen (etwa in Form der *amicus curiae* Stellungnahmen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO)).

Die genaue fallspezifische Aufarbeitung und Zuordnung entsprechender ZGO-Aktivitäten ist dabei eine zentrale Aufgabe. Je nach tatsächlicher Rückbindung an die Bürgerschaft ist zu klären, ob ZGO in horizontaler oder in vertikaler Ausrichtung Verantwortlichkeiten einfordern und abrufen (können). Von den formalen Rahmenbedingungen hängt ab, ob ihnen sanktionsbewehrte Klagebefugnisse, Entscheidungsrechte etc. in den Governance-Strukturen zukommen oder ob sie auf die Forderung nach Rechtfertigung beschränkt sind. Weitgehend empirisch zu bestimmen ist, ob und in welchem Maße die ZGO als Akteure bzw. als Mittler in Verantwortungsprozessen auftreten.

Ausgehend von der vorliegenden theoretischen Literatur sowie unseren eigenen empirischen und theoretischen Vorarbeiten (Hüller **2010a** [44]; Kohler-Koch & Quittkat **2010** [70]) werden wir in einem ersten Schritt die verschiedenen den ZGO zur Verfügung stehenden Verantwortungsmechanismen über die Politikfelder und IO hinweg systematisch erfassen. In einem zweiten Schritt wird die tatsächliche Nutzung existierender Verantwortungsmechanismen ermittelt. Nach der Analyse

einschlägiger Dokumente stützen wir uns dabei in erster Linie auf die Befragung relevanter Akteursgruppen (Repräsentanten der IO und ZGO). Zusammenfassend wird deren demokratische Qualität abgeschätzt, da die Effektivität der unterschiedlichen Mechanismen nicht für sich allein genommen, sondern vor allem in ihrer Wechselwirkung mit anderen gesehen werden sollte. Denn während einzelne Mechanismen und die jeweilige Rolle der ZGO (beispielsweise bei der Skandalisierung von Politik) vielfach beschrieben wurden, fehlt es bisher noch an überzeugenden integrierten Analysen der Verantwortungsfunktionen von ZGO in der internationalen Politik.

Dabei wird uns die ebenenübergreifende und politikfeldvergleichende Anlage des Teilprojekts einen systematischen Überblick über die ZGO-Leistungen zur Durchsetzung (demokratischer) Verantwortlichkeit in internationaler und europäischer Politik verschaffen.

Forschungsziel 3: Überprüfung der Differenzthese: Demokratiewirkungen im europäisch-internationalen Vergleich

Nach Abschluss dieser beiden Forschungsaufgaben werden wir über einen systematischen, sehr unterschiedliche Politikfelder und verschiedene IO umfassenden Überblick verfügen, um den demokratischen Legitimationsbeitrag durch ZGO-Einbindung abschätzen zu können. Die Ausgangsprämisse der bisherigen Forschung war, dass IO und EU grundsätzlich gleichermaßen demokratiefähig sind und gleiche oder ähnliche Einbindungsformen gleiche oder ähnliche demokratische Wirkungen entfalten.

Die These grundsätzlicher Demokratiefähigkeit ist allerdings umstritten. Einige Autoren bestreiten gänzlich beziehungsweise für die absehbare Zukunft die Möglichkeit demokratischer Prozesse und Strukturen jenseits des Staates (siehe etwa Kielmansegg 2003; Peters 2005; Scharpf 1999: 17ff.), wohingegen Vertreter eines kosmopolitischen Demokratieverständnisses prinzipiell die politischen Strukturen auf beiden politischen Ebenen für demokratisierbar halten (beispielsweise Archibugi 2008). Bei beiden Positionen wird jedoch kein relevanter struktureller Unterschied zwischen europäischer und internationaler Ebene gesehen. Es gibt indes auch eine dritte Gruppe von Autoren, die wie etwa Dahl (2006: 84ff.) und Habermas (2005) zwar die EU für demokratiefähig halten, nicht aber IO und schon gar nicht die internationale Politik im Ganzen.

Die Überprüfung dieser Differenzthese ist ein weiteres Forschungsziel dritten Phase. Der Vergleich der ZGO-Einbindungen in die gleichen Politikfelder auf globaler und europäischer Ebene erlaubt festzustellen, ob systematische Unterschiede im Zugewinn an demokratischer Legitimation bestehen. Um die Vergleichbarkeit der Fälle sicherzustellen werden wir darauf achten, dass auch die jeweilige institutionelle Ausgestaltung der ZGO-Einbindung möglichst ähnlich ist. Zu prüfen ist, ob

sich dann ähnliche Ergebnisse im Hinblick auf Repräsentation, demokratische Verantwortung und Publizität ergeben oder nicht.

Aufgrund unserer bisherigen empirischen Befunde und nahe liegender theoretischer Überlegungen (z. B. Unterschiede in der Verfassung europäischer und globaler Öffentlichkeit sowie eine weitgehende demokratische Homogenität im Falle der EU im Unterschied zu einer Mischung von demokratischen und nicht-demokratischen Systemen in der Mitgliedschaft der meisten IO mit entsprechend unterschiedlich entwickelter Zivilgesellschaft) gehen wir von der Differenzthese aus. Aber erst aufgrund einer systematischen empirischen Überprüfung werden wir die Gültigkeit der ‚Differenzthese‘ belegen können. Kurz gefasst besagt sie: Identische bzw. ähnliche ZGO-Einbindungen haben auf EU- im Vergleich zur internationalen Ebene strukturell ein unterschiedliches demokratisches Legitimationspotenzial.

Trotz einer Vielzahl an empirischen Untersuchungen zur Partizipation von ZGO in den internationalen und den europäischen Governance-Strukturen steht ein systematischer Vergleich noch aus. Dies betrifft sowohl ihre Transmissionsleistung im Sinne von Repräsentation als vor allem auch ihren Beitrag zur Sicherung von demokratischer Verantwortung und Publizität.

Aus der vergleichenden Untersuchung erwarten wir Aufschluss über die Faktoren, die unterschiedliche demokratische Performanzen nach sich ziehen. Zwei Typen von Faktoren werden im Mittelpunkt unserer empirischen Forschung stehen. Zum einen werden wir auf die Unterschiede zwischen dem politischen System der EU und den globalen Governance-Arrangements abstellen (Typ 1), zum anderen auf die Beschaffenheit und das Handlungsrepertoire der auf den beiden Governance-Ebenen aktiven ZGO (Typ 2).

Zum ersten Typ von Faktoren, von denen wir erwarten, dass sie differenzierte demokratische Wirkungen verursachen, zählen alle Unterschiede der Governance-Arenen auf europäischer und internationaler Ebene (Beratungs- und Entscheidungsstrukturen, Anzahl der Teilnehmer, Grad der Verknüpfung verschiedener Themen usw.).

Zum zweiten Typ von Faktoren, die wir in der Vergleichsstudie einbeziehen werden, gehören die bereits in der zweiten Phase untersuchten assoziationsinternen Prozesse der Rückbindung an unterschiedliche Constituencies, als auch die jeweiligen Verbandszwecke und ihre Handlungsrepertoires. Auch hier erwarten wir, dass sich das ZGO-Universum in der EU anders darstellt als in den IO.

Zusammengenommen können wir aus einem systematischen Ebenenvergleich auf mögliche Unterschiede in der Demokratisierungsfähigkeit europäischer und internationaler Politikarenen schließen. Aus dem Vergleich ergeben sich auch Rückschlüsse auf die, über zivilgesellschaftliche Akteure vermittelten, demokratischen Mitsprachemöglichkeiten der Bürger. Es ist davon auszugehen, wurde aber bislang nicht empirisch vergleichend untersucht, dass international eine große Varianz besteht. Hierfür ist eine Vielzahl von Faktoren verantwortlich: politische Ver-

fassungen (Beetham 1994; Dahl 1989: 220ff.), politischen Kulturen und Gesellschaftsstrukturen (Putnam 1993). Grade assoziativer Einbindungen (auch innerhalb demokratischer Gesellschaften) (Reutter & Rütters 2001). Die unterschiedliche Qualität demokratischer Mitsprachemöglichkeiten sollte sich an den Repräsentationsmustern festmachen lassen. D. h. es wird erwartet, dass sich Cluster von Ländern ergeben, deren Bürger über unterschiedliche Typen von ZGO in unterschiedlicher Weise auf bestimmte Politikfelder und bestimmte internationale Organisationen einwirken können.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Anders als unter Forschungsziel 4 geht es hier nicht um die Gesamtbewertung der demokratischen Qualität von internationaler und europäischer Politik, sondern um das unterschiedliche demokratische Legitimitätspotenzial *vergleichbarer* Einbindungsstrategien unter auch sonst gleichen/ähnlichen Bedingungen.

Die endgültige Fallauswahl kann erst im Laufe der dritten Phase getroffen werden. Während wir sonst die Strategie verfolgen, die Politikfelder möglichst breit und ohne Einschränkung auf einzelne, themenspezifische Governance-Arenen zu untersuchen (siehe unten, 3.4.2), müssen wir zur Bearbeitung von Forschungsziel 3 auf spezifische transnationale Politikarenen mit möglichst ähnlichen Einbindungsstrukturen für ZGO zugreifen. Im Politikfeld Handel bieten sich beispielsweise Verfahren zur Produktzulassung im Lebensmittelbereich an. Sowohl die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit als auch die Codex Alimentarius Kommission verfügen über ähnliche offene Partizipationsmöglichkeiten für ZGO (siehe Ferretti 2008 sowie Hüller & Maier 2006). Methodisch stellt uns dieses Forschungsziel nicht vor größere neuartige Herausforderungen. Die unterschiedlichen Ausprägungen der Faktoren des Typs 1 lassen sich weitgehend über die bestehende Literatur identifizieren und bei der Analyse der Faktoren des zweiten Typs können wir weitgehend auf die Forschungsergebnisse der zweiten Phase zurückgreifen.

Forschungsziel 4: Gesamtbewertung des Demokratiegewinns durch ZGO-Einbindung

Die drei empirischen Klärungen bieten die Grundlage einer abschließenden Gesamtbewertung des Zugewinns an demokratischer Legitimation durch ZGO-Einbindung. Bei dieser Gesamtanalyse geht es vornehmlich darum, die demokratie-relevanten Synergieeffekte und Trade-offs im Hinblick auf Repräsentation, Verantwortlichkeit und Publizität zu bestimmen. Der Vergleich des demokratischen Zugewinns für das politische System der EU und der globalen Governance-Strukturen soll dabei nicht nur die Systemunterschiede in den Blick nehmen, sondern vor allem auch förderliche Kontextfaktoren erkennen lassen.

Schließlich dient nun die Gesamtauswertung erstens dazu, theoretisch Position zu der laufenden Diskussion um die (Un)Möglichkeit demokratischen Regierens jenseits des Staates zu beziehen und zweitens in Auseinandersetzung mit der beste-

henden Literatur Überlegungen darüber anzustellen, wie sich unsere Ergebnisse und die in der Literatur auch sonst aufgezeigten Reformen assoziativer Demokratisierung (z. B. Sozialer bzw. Ziviler Dialog) im Lichte alternativer Demokratisierungsstrategien darstellen (für einen EU-zentrierten Überblick siehe Kohler-Koch & Rittberger 2007 [65]).

Im Hinblick auf den zweiten Teil der Gesamtauswertung ist es dabei eine offene Frage, ob die verschiedenen Ansätze assoziativer, partizipativer und repräsentativer Demokratisierungen eher komplementär (im Sinne von „compounded representation“, Benz 2003), konkurrierend oder gar als wechselseitige Störfaktoren der europäischen/internationalen Demokratisierung zu sehen sind (Eriksen & Fossum 2007, 2009; Smismans 2009). Wird etwa das Europäische Parlament geschwächt durch die direkte Konsultation von Bürgern und ZGO durch die Europäische Kommission oder ergänzen sich diese unterschiedlichen Beratungszusammenhänge zu einem Mehr an Demokratie? Hier fließen auch die Überlegungen zum „democratic audit“ der EU ein, die Lord inzwischen auch in Bezug auf unterschiedliche Demokratisierungsmodelle angewandt hat (Lord 2004, 2009).

Der erste Teil der Gesamtauswertung zielt dagegen auf eine ebenenübergreifende Betrachtung der Veränderungen demokratischer Legitimität durch zivilgesellschaftliche Einbindung in den angelagerten Politikprozessen (siehe Dachantrag, Abschnitt C.a.1.4.1). Weil dieser Gegenstand über die empirischen Forschungen von B5 hinausgreift, werden wir sie zu einem zentralen Gegenstand auf der geplanten Abschlusskonferenz machen (siehe unten).

Um zu erreichen, dass trotz des Wechsels in der Teilprojektleitung der Erkenntnisgewinn der Phasen 1 und 2 voll für die Gesamtanalyse ausgeschöpft und mit dem der dritten Phase verknüpft wird, haben wir eine enge Kooperation mit Jens Steffek vereinbart. Die Zusammenarbeit bietet sich auch inhaltlich an, weil Steffek auf der Grundlage der abgeschlossenen Teilprojektarbeiten im Sfb eine Forschungsfrage verfolgen will, die unsere Forschungen gut ergänzt. Er beabsichtigt, die Rückwirkungen institutionalisierter Partizipation auf die transnationale Zivilgesellschaft in den Fokus zu rücken und vergleichend zu überprüfen, ob in der Kooperation zwischen IO und ZGO korporatistische Tendenzen zu beobachten sind. Dieser Rollenwechsel hätte Auswirkungen auf die Repräsentationsfunktion der ZGO und ist für die demokratietheoretische Bewertung relevant.

Kleinere Workshops und die Beteiligung an internationalen Konferenzen im Laufe der dritten Phase sollen die Kooperation mit Kollegen der Sozialwissenschaften und der Rechtswissenschaften, die an vergleichbaren Themen arbeiten, vertiefen und eine gemeinsame Weiterentwicklung des „state of the art“ sicherstellen. In einer Abschlusskonferenz wollen wir die Ergebnisse aus der Gesamtabschätzung und dem Ebenenvergleich sowie unsere Überlegungen zur Rolle der ZGO für die Demokratisierung des Regierens jenseits des Staates einem breiteren Kreis von Wissenschaftlern zur Diskussion vorlegen. Dazu werden wir zu allen vier For-

schungszielen je einen Aufsatz mit unseren zentralen Ergebnissen vorstellen und ausgewählte Kolleginnen und Kollegen (siehe unten, Kooperationspartner) bitten, sich mit unseren Ergebnissen auseinanderzusetzen. Beides zusammen soll mit einer Schlussbetrachtung in eine Abschlussmonographie münden.

3.4.2 Untersuchungsmethode

Fallauswahl

Die Grundausswahl der Untersuchungsbereiche ist über alle drei Phasen des Teilprojekts von der gleichen Logik angeleitet: Sie soll einen systematischen Vergleich von Politikfeldern und internationalen Governance-Strukturen ermöglichen und aus diesem Vergleich heraus eine übergreifende Bewertung der demokratischen Legitimationsleistung von ZGO erlauben. Um den gesamten Ertrag des Teilprojekts in der Gesamtbewertung ernten zu können, sollen auch in der dritten Phase alle vier Politikfelder (Sicherheit, Wirtschaft, Umweltschutz und Menschenrechte) weiterverfolgt werden (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Fallauswahl nach Politikarenen

Ebene	Themenfeld			
	Sicherheit	Wirtschaft	Umweltschutz	Menschenrechte
Globale Ebene	NATO	WTO und assoziierte IO ⁴	UNFCCC	Menschenrechtsrat und Menschenrechtsausschuss der VN
EU-Ebene	Außen- und Sicherheitspolitik	Außenhandel	Umwelt	Externe Demokratisierung

Abweichend von den Untersuchungen der ersten Phase wollen wir für die Analyse der Publizität und der Rechenschaftsbeziehungen keine Fallstudien im Sinne der vertieften Analyse einer spezifischen Politik (wie z. B. die Chemikalienkontrolle für Altprodukte) durchführen, weil die Besonderheit des einzelnen Falls die Generalisierung erschwert und aus Zeitgründen nicht mehrere Fallstudien für jedes Feld durchgeführt werden können. Vielmehr suchen wir über die beiden Ebenen hinweg in einem vergleichbaren Zeitraum jeweils nach strukturell ähnlichen Politikgehalten in den vier Politikfeldern: Im Umweltbereich konzentrieren wir uns auf die internationale und europäische Klimapolitik, im Menschenrechtsbereich auf die entsprechenden Länderberichte der Vereinten Nationen (VN) sowie auf die demokrati-

⁴ Entsprechend dem WTO-Abkommen inkorporiert die WTO etwa in ihren Streitbeilegungsverfahren Regelungen und Standards von anderen internationalen Organisationen, wie der WHO/FAO oder der Codex Alimentarius Kommission. Da die WTO in diesen handelsbezogenen Bereichen selbst keine Regelungen setzt, werden diese assoziierten IO dann mit in die Untersuchung einbezogen, falls ansonsten eine ebenenbezogene Verzerrung des Themenfeldes droht.

schen Vorgaben in der Beitritts- und Nachbarschaftspolitik der EU. Für die Präzisierung der anderen Themenfelder müssen noch Recherchen zu Beginn der dritten Phase durchgeführt werden.

Methodische Vorgehensweise

Die in den Forschungszielen entwickelten Überlegungen verlangen zwei methodische Festlegungen: (a) Wie wird die empirische Forschung durchgeführt? (b) Auf welche normativen Standards beziehen wir uns, um einen Zugewinn an demokratischer Legitimation festzustellen und anhand welcher Kriterien können wir ihn erfassen?

a) Der Methodenmix der ersten und zweiten Phase hat sich bewährt. Dokumentenanalyse sowie semistrukturierte Experteninterviews sollen beibehalten werden; insbesondere zur Bearbeitung des Forschungsziels 1 wird das methodische Instrumentarium in Phase drei auch erweitert.

Die Untersuchungen zum Forschungsziel 1 nehmen die internen und externen Kommunikationsbemühungen von ZGO in den Blick. Dabei ergibt sich eine (vorläufige) Liste der relevanten ZGO über die Beteiligung an Beratungsprozessen der acht Politikarenen (siehe Abbildung 4). Über eine Webseiten-Recherche werden anschließend die Aktivitäten und Strategien der ZGO untersucht (Zielgruppen, Instrumente, Zwecke etc.). Eine schriftliche Befragung soll die Selbsteinschätzungen der eigenen Zielvorstellungen, Prioritäten und Leistungen erfassen. Sofern die Anzahl der aktiven ZGO in einzelnen Politikarenen unsere Forschungskapazitäten überschreitet, ziehen wir eine repräsentative Zufallsstichprobe (ca. 50 ZGO je Politikarena) und konzentrieren uns auf die Untersuchung der Kommunikationsaktivitäten dieses repräsentativen Samples von etwa 400 ZGO. Die länderübergreifende Analyse ihrer Medienresonanz (Printmedien) gibt Aufschlüsse über den Erfolg dieser Strategien im Sinne von Publizität. Für diesen zweiten Teil werden wir auf die heute üblichen Verfahren der empirischen Medienforschung zurückgreifen (siehe etwa Gerhards u.a. 1998; Rucht/Teune 2008; Wessler u.a. 2008) und in Printmedien die issue- und politikarenenbezogene Sichtbarkeit von ZGO analysieren. Exemplarisch haben wir eine solche Untersuchung im Zusammenhang mit den Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission bereits anhand verschiedener Issues durchgeführt (siehe Altides & Kohler-Koch 2009). Da es uns vor allem um die Sichtbarkeit der ZGO-Positionen in der Presse geht, stellen sich in dieser Teilstudie methodisch deutlich weniger anspruchsvolle Aufgaben als in den Medienanalysen der Teilprojekte B1 und B3. Die Printmedien- bzw. Länderauswahl ergibt sich in erster Linie aus der schriftlichen Befragung (Adressaten der Öffentlichkeitsarbeit). Aus pragmatischen Gründen können wir in dieser Breite nur elektronisch zugängliche Medien untersuchen. Als größtes Problem hat sich dabei bisher das Sprachproblem erwiesen. Wie in unserer europabezogenen Pilotstudie werden wir es durch die Auswahl der Teilprojektmitarbeiter (einschließlich der Ebene der

Hilfskräfte) lösen. Zum Zweck der Kontrolle dieser ‚akteurszentrierten‘ Untersuchung der Öffentlichkeitsstrategien werden wir die politikarenenspezifische Mediensichtbarkeit in ausgewählten Ländern systematisch auf ZGO-Bezüge prüfen. Dabei konzentrieren wir uns jeweils auf zwei Qualitätszeitungen mit möglichst großem EU/IO-Bezug in den vier Ländern, in denen die Politikarenen angesiedelt sind (Belgien, Deutschland, Schweiz, USA).

Die Untersuchungen zur politischen Verantwortung zielen zum einen auf die Suche nach entsprechenden (formalen und informellen) Strukturen und Instrumenten, die den ZGO als ‚accountability Akteuren‘ zur Verfügung stehen, zum anderen auf die Verknüpfung von unterschiedlichen Mechanismen der ‚accountability webs‘. Auch hier geht es zunächst um die Aufarbeitung formaler Verfahren und deren Nutzungsmöglichkeiten. Zusätzlich ist „Verantwortung tragen“ und „Verantwortung einfordern“ eine soziale Konstruktion, die sich nicht allein durch rechtliche oder administrative Vorgaben erfassen lässt. Folglich werden wir auch hierfür eine Befragung durchführen. Auf eine Netzwerkanalyse wird verzichtet, weil zu befürchten steht, dass die wechselseitigen Bezüge durch Lücken in der Beantwortung nicht vollständig erfasst würden und somit Aufwand und Ertrag nicht in einem angemessenen Verhältnis stünden.

b) Wir haben uns im Zuge früherer Arbeiten systematisch mit den wichtigsten allgemeinen Problemen der demokratietheoretischen Bewertung politischer Systeme (Pluralismus an normativen Konzeptionen, allgemeine Anwendungs- und Operationalisierungsprobleme) sowie mit den besonderen Schwierigkeiten einer angemessenen Bewertung des Regierens jenseits des Nationalstaats auseinander gesetzt. Als Konsequenz aus diesen Überlegungen haben wir ein im Hinblick auf verschiedene normative Grundpositionen offenes, eng am Demokratiebegriff ansetzendes sowie prinzipien- und nicht institutionenzentriertes Demokratieverständnis entwickelt (Hüller **2010a** [44]: Teil II) und für die spezifischen Fragen einer Messung assoziativer Demokratisierung adjustiert (Hüller **2010c** [68]). Auf diese Arbeiten wird bei der demokratietheoretischen Bewertung der Legitimationsleistung europäischer und internationaler ZGO-Beteiligung zurückgegriffen werden. Wenn in diesem Zusammenhang ‚nur‘ nach einem Zugewinn an demokratischer Legitimität durch zivilgesellschaftliche Einbindung gefragt wird und nicht nach einem möglichen Verlust, dann gibt es dafür zwei Gründe: Historisch ist die Realisierung der relevanten normativen Standards (politische Gleichheit, Transparenz/Publicizität und Verantwortlichkeit) in den Politikarenen jenseits des Nationalstaats gering ausgeprägt, so dass eine Verschlechterung im Zuge der zivilgesellschaftlichen Erweiterung dieser Arenen nicht zu erwarten ist. Zudem lassen unsere normativen Standards durchaus auch kritische Ergebnisse zu, nämlich wenn über die ZGO – wie im Berichtsteil ausgeführt – keine (hinreichende) egalitäre Rückbindung an die Constituencies realisiert wird.

Exkurs: Kooperationspartner

Zu folgenden Kollegen bestehen bereits enge Kooperationsbeziehungen beziehungsweise Absprachen über eine Zusammenarbeit mit B5 und zwar im Zusammenhang mit diversen Workshops und Konferenzen sowie insbesondere im Hinblick auf die geplante Abschlusskonferenz (siehe Forschungsziel 4). Darüber hinaus wird der bisherige Teilprojektleiter, Jens Steffek (TU Darmstadt) auch an der Abschlussmonographie von B5 beteiligt sein.

Beitrag von ZGO zur demokratischen Öffentlichkeit:

- ⇒ Barbara Pfetsch, Freie Universität Berlin
- ⇒ Hans-Jörg Trenz, ARENA Universität Oslo

Organisation von (demokratischer) politischer Verantwortung in komplexen (nicht-staatlichen) Governance-Strukturen:

- ⇒ Mark Bovens, Universiteit Utrecht
- ⇒ Carol Harlow, LSE London
- ⇒ Anders Uhlin, Lund University

Rolle von ZGO in europäischer und internationaler Politik:

- ⇒ Margaret Keck, Johns Hopkins University, Baltimore
- ⇒ Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Gesamtbilanz: Demokratie jenseits des Nationalstaats:

- ⇒ Dario Castiglione, University of Exeter
- ⇒ Donatella della Porta, EHI Florenz
- ⇒ Christopher Lord, ARENA Universität Oslo
- ⇒ Rainer Schmalz-Bruns, Leibniz Universität Hannover

3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Arbeitsschritte

Das Arbeitsprogramm ergibt sich aus den vier Forschungszielen, von denen die ersten drei jeweils den Kernbereich einzelner Arbeitspakete darstellen. Forschungsziel 1 steht für das erste Arbeitspaket und gliedert sich in die Arbeitsschritte 1 bis 4 (siehe Zeitplan), Forschungsziel 2 in die Schritte 5 bis 7 und Forschungsziel 3 in die Schritte 8 bis 10. Die Forschungsziele sind im Zeitplan als Arbeitsschritte differenziert dargestellt und am Ende der dritten Phase soll jeweils eine Monographie entstehen. Die Bücher werden jeweils in Einzelautorenschaft von den drei in Vollzeit beteiligten Projektmitgliedern verfasst. Das Abschlussjahr der verschiedenen Arbeitspakete wird daher jeweils weitgehend für die Abfassung dieser Bücher und für die projektübergreifende Abschlussmonographie reserviert sein (Arbeitsschritte 4, 7, 10, 12).

Im Arbeitspaket 1 werden zuvor in jeweils 12 Monaten die Öffentlichkeitsstrategien der ZGO (Arbeitsschritt 1) und ihre Medienresonanz analysiert (Arbeitsschritt 2). Anschließend werden diese Ergebnisse mit den bisherigen Analysen zum Transmissionsriemen zusammengeführt. Dabei geht es um eine integrierte Abschätzung der vertikalen und horizontalen Kommunikationsstrategien der ZGO im Sinne von Abbildung 2. Auch hierfür werden 12 Monate Arbeitszeit angesetzt.

Das Arbeitspaket 2 ist zweistufig angelegt. Zunächst werden die verschiedenen einzelnen Verantwortungsmechanismen mit einer Kombination aus Dokumentenanalyse, Interviews und schriftlicher Befragung systematisch identifiziert und für sich analysiert (Arbeitsschritt 5; 24 Monate), bevor anschließend in einer integrierten Perspektive die übergreifende Wirksamkeit (Synergieeffekte, Schwachstellen) der Gesamtheit der Verantwortungsmechanismen untersucht wird (Arbeitsschritt 6; 12 Monate).

Weil es bisher keine überzeugenden Versuche gibt, die demokratiebezogenen Wirkungen der ZGO-Einbindungen auf den beiden Politikebenen jenseits des Staates

Zeitplan

Arbeitsschritte	2011		2012		2013		2014	
(1) Publizitätsaktivitäten der ZGO	■	■						
(2) Medienresonanz der ZGO-Aktivitäten			■	■				
(3) Phasenübergreifende Bewertung Transmissionsriemen					■	■		
(4) Publikationsorientierte Auswertung Publizität und Transmissionsriemen							■	■
(5) Analyse individueller Verantwortungsmechanismen	■	■	■	■				
(6) Integrierte Analyse der Verantwortungsmechanismen („accountability web“)					■	■		
(7) Publikationsorientierte Auswertung Verantwortlichkeit							■	■
(8) Theorierahmen und empirische Bestandsaufnahme relevanter Faktoren für den Ebenenvergleich	■	■						
(9) Ebenenvergleich			■	■				
(10) Publikationsorientierte Auswertung Ebenenvergleich					■	■		
(11) Gesamtbewertung					■	■	■	■
(12) Abschlusskonferenz und Projektmonographie							■	■

systematisch zu vergleichen und dabei die relevanten ebenenbezogenen Unterschiede zu berücksichtigen, wird im Arbeitspaket 3 vor der Adjustierung und vergleichenden Auswertung unserer empirischen Daten (Arbeitsschritt 9, 12 Monate) ein eigenständiger theoretischer Zugriff auf diesen Vergleich entwickelt (Arbeitsschritt 8, 12 Monate).

In allen drei Arbeitspaketen ergeben sich dabei anspruchsvolle Aufgaben. Im Bereich der Publizitätsstudie wird vor allem die Verknüpfung zu den bisherigen Forschungen zum Transmissionsriemen-Modell eigenständige theoretische Reflektionen sowie Einpassungsleistungen erfordern. Bei der Analyse und Bewertung der Verantwortungsmechanismen werden wir in die theoretischen Überlegungen vor allem auch die rechtswissenschaftliche Sichtweise einbeziehen müssen. Mit der ebenenvergleichenden Untersuchung zivilgesellschaftlich erweiterter Politikarenen jenseits des Staates betreten wir Forschungsneuland.

Die Gesamtbewertung (Forschungsziel 4) umfasst die Arbeitsschritte 11 und 12. Unter Federführung der Projektleiter werden die Teilergebnisse zusammengeführt und im Ganzen demokratietheoretisch bewertet.

3.5 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs

Das Teilprojekt B5 beschäftigt sich mit der Frage, ob es durch einen Prozess der „nachholenden Demokratisierung“ des internationalen Regierens zu einer Neukonfiguration von Staatlichkeit in der Legitimationsdimension kommt. Bilden sich demokratisch legitimierte Formen politischer Entscheidungsfindung jenseits des demokratischen Nationalstaates heraus? Somit ist die Fragestellung vor allem auf der Internationalisierungsachse angesiedelt. Da wir uns in diesem Teilprojekt vorwiegend mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen befassen, spielt überdies die Vergesellschaftungsdimension eine große Rolle.

Abbildung 5: Verortung des Teilprojekts B5 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung (1. Förderphase)	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Ressourcendimension
	Legitimationsdimension
	Interventionsdimension
	Rechtsdimension
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung
	Privatisierung
	Transnationalisierung
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz
	Divergenz

Erklärung (2. Förderphase)	
<i>Antriebskräfte</i>	Wirtschaftliche Globalisierung Technische und industrielle Entwicklungen Demographischer und sozialer Wandel
<i>Weichensteller</i>	Funktional Institutionell Ideell Materiell
Folgenanalyse und -bewertung (3. Förderphase)	
<i>Outcome</i>	Niveau Verteilung Struktur
<i>Reaktionen/Akteurstyp</i>	Internationale Akteure Nationalstaaten/Regierungen Parteien Verbände/NGOs Unternehmen Bürger
<i>Bewertungsbasis</i> (bezogen auf normatives Gut)	Rechtsstaatlichkeit Demokratische Legitimität Wohlfahrt Sicherheit

Anm.: Die zutreffenden Merkmale sind jeweils grau hinterlegt.

Stellung zu anderen Säulen und Projekten

Wie sich das Teilprojekt in die B-Säule des Sfb einfügt, ergibt sich aus dem Zwischendach. Entsprechend konzentrieren wir uns hier auf seine Stellung zu den anderen Säulen sowie auf Verbindungen zu einzelnen Projekten.

Veränderungen legitimatorisch bedeutsamer Elemente von Staatlichkeit in internationalen politischen Institutionen werden auch in anderen Säulen des Sfb untersucht, so dass sich für das Teilprojekt B5 wichtige Querverbindungen ergeben haben, insbesondere zu Teilprojekten der A-Säule, die die Herausbildung internationaler Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt stellen. Das Teilprojekt B5 ist damit Teil eines Clusters von Teilprojekten, das sich quer durch die Säulen des Sfb mit der Neuentstehung von aus normativer Sicht bedeutsamen Elementen der Staatlichkeit auf der inter- und transnationalen Ebene befasst. In der zweiten Phase hat B5 mit verschiedenen Teilprojekten zusammengearbeitet, deren Erträge in Publikationen dokumentiert sind (etwa Calliess & Steffek 2010 [36], Steffek & Gomes Pereira 2010 [42]). Zur Stärkung der säulenübergreifenden Kooperation hat das Teilpro-

jekt B5 zudem gemeinsam mit Nicole Deitelhoff (Universität Frankfurt/Main) am Sfb eine Tagung zum Thema „Staatlichkeit ohne Staat?“ durchgeführt (Deitelhoff & Steffek 2009 [7]). In dem Band sind Beiträge von Wissenschaftlern aus der A- und B-Säule sowie externer Autoren aus Politik- und Rechtswissenschaft versammelt.

Auch in der dritten Phase werden Kooperationen vor allem mit Teilprojekten der A- und B-Säule anvisiert, von denen wir uns vor allem Synergieeffekte versprechen: Unsere Fragestellung zur Öffentlichkeitsarbeit der ZGO (Forschungsziel 1) sind komplementär zu den Öffentlichkeitsstudien des Teilprojekts B3. Insbesondere können für uns die von B3 geplanten Wirkungs- und Rezeptionsstudien von Nutzen sein. Während wir klären werden, inwieweit ZGO-Kommunikation auf die Öffentlichkeit gerichtet ist und dort ankommt, untersucht das Nachbarprojekt die Frage, ob die publizierten Inhalte auch in der Bürgerschaft Resonanz erzeugen.

Zum Abschluss der dritten Phase wollen wir nicht nur eine Bilanz zur Demokratisierung internationaler Politikarenen durch ZGO-Einbindung vorlegen, sondern auch Überlegungen zu einer Gesamtbewertung unter Einbezug von Veränderungen herkömmlicher repräsentativ-demokratischer Institutionen sowie partizipativer Instrumente und Beteiligungsmuster anstellen (Forschungsziel 4). Durch die arbeitsteilige Ausrichtung der drei Teilprojekte der B-Säule ergibt sich genau bei dieser Gesamtbewertung die Frage nach Trade-offs und Synergien zwischen den verschiedenen ‚Legitimationskanälen‘, der ein Panel unserer Abschlusskonferenz gewidmet sein wird.

Darüber hinaus haben wir bei der Untersuchung der verschiedenen Verantwortungsmechanismen eine Nähe zu Themen und Politikarenen, die insbesondere von den Teilprojekten A1 (Joerges/Falke) und A2 (Fischer-Lescano) in den Blick genommen werden. Entsprechend erwarten wir vor allem für diesen Bereich eine Kontinuität der Zusammenarbeit mit Teilprojekten aus der A-Säule.

3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert.

Literatur

- Anheier, Helmut K. & Amber Hawkes (2007). Accountability in a Globalising World: International Non-Governmental Organisations and Foundations, in Albrow, Martin u.a., Hg, *Global Civil Society Yearbook 2007/8*. London: Sage, 124-143
- Archibugi, Daniele (2008) *The Global Commonwealth of Citizens: Toward Cosmopolitan Democracy*, Princeton: Princeton University Press
- Beetham, David (1994) Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: David Beetham, Hg. *Defining and Measuring Democracy*, London; Thousand Oaks; New Delhi: Sage Publications, 25-43
- Benz, Arthur (2003) Compounded Representation in EU Multi-Level Governance, in: Beate Kohler-Koch, Hg. *Linking EU and National Governance*, Oxford/New York: Oxford University Press, 82-108
- Beyers, Jan (2004) Voice and Access – Political Practices of European Interest Groups, in: *European Union Politics* 5:2, 211-240
- (2008) Policy Issues, Organisational Format and the Political Strategies of Interest Organisations, in: *West European Politics* 31:6, 1188-1211
- Binderkrantz, Anne (2005) Interest Group Strategies: Navigating Between Privileged Access and Strategies of Pressure, in: *Political Studies* 53:4, 694-715
- Bouwen, Pieter (2002) Corporate Lobbying in the European Union: The Logic of Access, in: *Journal of European Public Policy* 9:3, 365-390
- Bovens, Mark (2007) Analysing and Assessing Accountability: A Conceptual Framework, in: *European Law Journal* 13(4), 447-468
- Bovens, Mark, Deirdre Curtin & Paul, 't Hart, Hg. (2010) *The Real World of EU Accountability. What Deficit?*, Oxford: Oxford University Press
- Curtin, Deirdre & Anchrith Wille, Hg. (2008) *Meaning and Practice of Accountability in the EU Multi-Level Context*, Mannheim: CONNEX Report Series Volume 7
- Busuioc, M. (2009) Accountability, Control and Independence: The Case of European Agencies, in: *European Law Journal* 15:5, 599-615
- Dahl, Robert A. (1989) *Democracy and its Critics*, New Haven; London: Yale University Press
- Dahl, Robert A. (2006) *Politische Gleichheit – ein Ideal?*, Hamburg: Hamburger Edition
- Ecker-Ehrhardt, Matthias (2009) Inter- und transnationale Organisationen als symbolische Autoritäten der Mediendemokratie, in: Frank Marcinkowski & Barbara Pfetsch, Hg. *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 585-608
- Eriksen, Erik O. & John Erik Fossum (2007) Europe in Transformation: How to Reconstitute Democracy? RECON Online Working Paper 2007/01, Oslo: ARENA
- Eriksen, Erik O. & John Erik Fossum, Hg. (2009) *RECON. Theory in Practice*, Arena Report No 8, Oslo
- Fischer, Elizabeth (2004) The European Union in the Age of Accountability, in: *Oxford Journal of Legal Studies* 24:3, 495-515
- Forst, Rainer (2007) *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt & Dieter Rucht (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung, Opladen: Westdeutscher Verlag

- Grant, Ruth W. & Robert O. Keohane (2005) Accountability and Abuses of Power in World Politics, in: *American Political Science Review* 99:1, 29-43
- Grant, Wyn (2001) Pressure Politics: From ‚Insider‘ Politics to Direct Action?, in: *Parliamentary Affairs* 54:2, 337-348
- Gutmann, Amy & Dennis Thompson (1996) *Democracy and Disagreement*, Cambridge, MA; London: Belknap Press of Harvard UP
- Habermas, Jürgen (2005) Eine politische Verfassung für die pluralistische Weltgesellschaft?, in: Jürgen Habermas, *Zwischen Naturalismus und Religion*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 324-365
- Harlow, Carol (2002) *Accountability in the European Union*, Oxford: Oxford University Press
- Harlow, Carol & Richard Rawlings (2007) Promoting Accountability in Multilevel Governance: A Network Approach, in: *European Law Journal* 13:4, 542-562
- Heggli, Regula (2010) Evaluating NGOs: A Practitioner’s Perspective, in: Jens Steffek & Kristina Hahn Hg. *Evaluating Transnational NGOs: Legitimacy, Accountability, Representation*, Basingstoke: Palgrave (im Erscheinen)
- Hüller, Thorsten & Matthias Leonhard Maier (2006) Fixing the Codex? Global Food-Safety Under Review, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford: Hart, 267-299
- Kielmansegg, Peter Graf (2003) Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs & Beate Kohler-Koch, Hg. *Europäische Integration*, 2. Auflage, Opladen: Leske+Budrich, 49-76
- Lord, Christopher (2004) *A Democratic Audit of the European Union*, Houndsmill, Basingstoke: Palgrave
- Lord, Christopher (2009) A RECON-Inspired Democratic Audit, in: Erik O. Eriksen & John Erik Fossum, Hg. *RECON. Theory in Practice*, Arena Report No 8, Oslo: 77-100
- Mahoney, Christine & Frank Baumgartner (2008) Converging Perspectives on Interest Group Research in Europe and America, in: *West European Politics* 31:6, 1253-1273
- Marks, Gary & Liesbet Hooghe (2001) *Multi-Level Governance and European Integration*, Boulder: Rowman & Littlefield
- Mulgan, Richard (2000) ‚Accountability‘: An Ever-Expanding Concept?, in: *Public Administration* 78:3, 555-573
- Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2004) Global Governance, Participation and the Public Sphere, in: *Government and Opposition* 39:2, 314-335
- Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2005a) Assessing the Democratic Quality of Deliberation in International Governance: Criteria and Research Strategies, in: *Acta Politica*, 40:3, 368-383
- Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2005b) Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik, in: Michèle Knodt & Barbara Finke, Hg. *Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 79-102
- O’Donnell, Guillermo (1994) Delegative Democracy, in: *Journal of Democracy* 5:1, 55-69
- Peters, Bernhard (2005) Public Discourse, Identity and the Problem of Democratic Legitimacy, in: Erik O. Eriksen, Hg. *Making the Euro Polity. Reflexive Integration in the EU*, London: Routledge, 84-123
- Przeworski, Adam; Stokes, Susan C.; Manin, Bernard, Hg. (1999) *Democracy, Accountability, and Representation*, Cambridge: Cambridge University Press
- Putnam, Robert D. (1993) *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, NJ: Princeton University Press

- Reutter, Werner & Peter Rütters, Hg. (2001) *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen: Leske + Budrich
- Rucht, Dieter & Simon Teune, Hg. (2008) *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*, Frankfurt a.M.: Campus
- Scharpf, Fritz W. (1999) *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a.M.: Campus
- Schmitter, Philippe C. (2007) Political Accountability in ‚Real-Existing‘ Democracies: Meaning and Mechanisms, Florence: European University Institute
- Smismans, Stijn (2009) European Civil Society and Citizenship: Complementary or Exclusionary Concepts?, in: *Policy and Society* 28:1: 59-70
- Steffek, Jens & Claudia Kissling (2006) Why Co-operate? Civil Society Participation at the WTO, Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. *Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation*, Oxford: Hart, 135-155
- Van Deth, Jan W. (2010) New Modes of Participation and Norms of Citizenship, in: Jan W. van Deth & William Maloney, Hg. *Professionalization and Individualized Collective Action: Analyzing New ‚Participatory‘ Dimensions in Civil Society* (in Vorbereitung)
- Wessler, Hartmut, Bernhard Peters, Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-von Königsłow & Stefanie Sifft (2008) *Transnationalization of Public Spheres*, Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Zürn, Michael (2003) Global Governance in der Legitimationskrise?, in: Claus Offe, Hg. *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt a.M.: Campus, 232-255
- Zürn, Michael & Matthias Ecker-Ehrhardt, Hg. (2010) *Gesellschaftliche Politisierung und internationale Institutionen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (im Erscheinen)